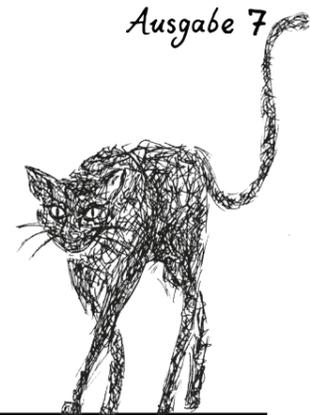




Tacheles

kritisch · solidarisch · lokal



Editorial

Da ist sie nun also, die siebte Ausgabe. Gerne hätten wir pünktlich zum feministischen Kampftag veröffentlicht und die druckfrische Ausgabe dort an euch verteilt. So werden wir uns dort wohl mit einigen Restexemplaren und dem Versprechen, dass die neue Ausgabe ganz bald fertig ist, sehen. Während wir hier die letzten Schnurrhaare an die Zeitungskatzen pinseln, die letzten grammatikalischen Schnitzer ausbürsten und die letzten weißen Flecken im Layout mit Kurznachrichten vollkleistern, stehen russische Panzer vor Kiew. In Europa herrscht Krieg. Seit 2014 herrscht Krieg, aber irgendwie hatten wir uns alle damit arrangiert, dass dieser – wie die Konflikte im Jemen oder in Libyen – in den Hintergrund des täglichen medialen Rauschens gedriftet war, oder? Wir wollen und werden uns hier jetzt nicht an halbgen Ver suchen der Einordnung des Geschehenden in die geopolitischen Ränkespiele beteiligen oder im Einklang mit weiten Teilen der Weltpresse hobbypsychologische Fernuntersuchungen des russischen Präsidenten anstellen. Uns bleibt aktuell nur zu hoffen, dass, wenn ihr diese Zeitung in den Händen haltet, Putin bereits einer Revolte zum Opfer gefallen ist und Brechmittel-Olaf nicht mehr ganz so viele Anlässe geboten werden, das hohe Lied vom Völkerrecht zu singen.

Zeitungskollektiv Tacheles Aachen



So könnte es bald am Uniklinikum aussehen!

(Fotomontage: red)

Beklatscht, gelobt, verraten - Jetzt wird gestreikt!

Am Aachener Uniklinikum formiert sich Widerstand gegen schlechte Arbeitsbedingungen und Unterbesetzung.

→ Fortsetzung auf Seite 4

Was steckt drin?

Lokal: Das Kloster muss bleiben · Aachen in Karten 2

Lokal: Querdenken ist gefährlich · Was darf die Polizei? 3

Arbeitskampf: Jetzt wird gestreikt! · Gesunde Krankenhäuser für Alle! 4

Arbeitskampf: Reallohnverlust für Alle! · Prostitution zwischen Sexualität und Gewalt 5

Polizeigewalt: Nicht alleine mit dem Schmerz · Forum gegen Polizeigewalt und Repression 6

Polizeigewalt: Die „unabhängige“ Justiz 7

Polizeigewalt: Sind Knäste unnötig? · Noch mehr Einzelfälle · Buchrezension · Urteil gegen CDU-Bähler 8

Hanau: Erinnern heißt Verändern 9

Geschichte & Gegenwart: Karlspreisverleihung 2022 10

Feminismus: Climate Change is a feminist issue · Kein Spiel mit dem Feuer 12

Raum für Kreatives: Gedichte und Kunst 13

Internationalismus: Mit Blick nach Kurdistan 14

Internationalismus: Grüne Lichter der Solidarität 15

Horoskop · Mikesch · Kreuzworträtsel 16

Querdenken ist nicht ver(w)irrt, sondern gefährlich

Warum es weiterhin wichtig ist, sich den Verschwörungsgläubigen in den Weg zu stellen

Wir haben schon lange aufgehört zu zählen, wie oft wir seit dem Beginn der Pandemie gegen „Querdenken“ auf die Straße gegangen sind. Meistens waren dabei die Gegendemos gegenüber den Aufmärschen sehr stark in der Unterzahl. Dennoch haben wir nie damit aufgehört uns diesen Menschen entgegenzustellen, auch wenn es so scheint, als bliebe unsere Arbeit fruchtlos. Obwohl die breite Masse der Gesellschaft vorgibt, ihre Aufmärsche zu verachten, sehen wir uns im besten Fall trotzdem mit Unverständnis konfrontiert, wenn wir unsere Zeit für Gegendemos und Aktionen opfern. Im schlimmsten Fall belächeln die Leute uns genau so sehr wie die Verschwörungsgläubigen, wenn wir vor der Gefahr warnen, die von ihnen ausgeht.

Währenddessen nehmen die Größe und Frequenz ihrer sogenannten „Spaziergänge“ immer weiter zu. Trotz mindestens eines Mordes, Fackelaufmärschen vor dem Haus der sächsischen Gesundheitsministerin und immer mehr offen ausgesprochenen Tötungsfantasien, egal ob auf Telegram oder auf Demos, scheint die Öffentlichkeit die Gefahr dieser Bewegung nicht wahrnehmen zu wollen. Sogar Innenministerin Faeser sprach sich dafür aus, die Teilnehmer*innen von „Querdenken“-Demonstrationen differenziert zu betrachten, da nur ein kleiner Teil von ihnen auf Bedrohung und Gewalt setze. Weiter sagte sie, dass man trotz allem gesprächsbereit sein müsse, wenn Menschen andere Meinungen haben. Auch auf den Gegenkundgebungen gibt es Leute, die sich die Mühe machen, mit „Querdenker*innen“ zu reden, mit Statistiken zu argumentieren, Wissenschaft zu erklären und sich dabei nicht zu schade sind, auch die einfachsten Sachverhalte immer und immer wieder zu ver-

anschaulichen. Ganz gleich, ob sie dabei das Gefühl haben mit Grundschüler*innen zu reden oder ob das Gegenüber ironiefrei einen Aluhut aufhat.

„Querdenker*innen“ haben sich nicht einfach verrannt und sind lange nicht mehr nur Menschen mit irgendwelchen diffusen Sorgen über ihre Lage.

Und so sehr wir ihren Glauben an das Gute schätzen, müssen wir leider sagen: Das bringt nichts! „Querdenker*innen“ haben sich nicht einfach verrannt und sind lange nicht mehr nur Menschen mit irgendwelchen diffusen Sorgen über ihre Lage. Sie wissen ganz genau mit wem und für was sie da marschieren. Dumm sind sie nämlich ganz bestimmt nicht. Wir mögen sie zwar für abgedreht halten, aber sie alle vereint eine gemeinsame Ideologie, die zu verstehen ist und unbedingt bekämpft werden muss. Sie verweigern sich dem Wissen, dass die Ereignisse auf der Welt das Ergebnis unglaublich vieler gesellschaftlicher Akteure und Gruppen, sowie politisch und historisch gewachsener Prozesse sind. Stattdessen sind sie dem Glauben verfallen, dass die einzigen Menschen mit Einfluss auf die Menschheit und ihre Zukunft einige wenige verborgene Personen sind, die aus dem Schatten heraus agieren. Ein einziger, denkbar einfacher Glaube immunisiert sie gegen jedes Gespräch, das auf der Basis der Realität stattfindet und sorgt weiterhin als Ideologie automatisch dafür, dass man sich selber in eliminatorischen Mord- und Ausrottungsfantasien wiederfindet.

→ Fortsetzung auf Seite 3

Um nicht alleine zu sein mit dem Schmerz!

Was tun gegen Polizeigewalt? Erfahrungsbericht eines Organisationsversuchs

Schon wieder ist ein Mensch in den Händen der Polizei gestorben. Schnell lese ich die Nachricht zu Ende: Am 01. November 2021 starb Georgios Zantiotis, nach einer Festnahme im Gewahrsam der Wuppertaler Polizei. Die Öffentlichkeit wird über den Todesfall erste eine Woche später offiziell informiert, nachdem ein Video von der brutalen Festnahme über die linke Nachrichtenplattform Indymedia Athen und über Twitter publik geworden war. Einen „internistischen Notfall“ mit Todesfolge habe man nicht für „medienrelevant“ gehalten, rechtfertigt sich der Wuppertaler Staatsanwalt Wolf Tillman Baumert. Ohne Anhaltspunkte macht er den angeblichen Drogenkonsum von Georgios für dessen Tod verantwortlich, ohne dass zu diesem Zeitpunkt ein toxikologisches Gutachten vorliegt. Die Ermittlungen werden nach wenigen Wochen eingestellt, ohne Konsequenzen, ohne Ergebnis. Bis heute ist die Todesursache von Georgios nicht abschließend geklärt.

Ich bin nicht einmal verwundert. Ich spüre keine Wut, nicht mal Empörung, da ist nur dumpfe Ohnmacht. Die Struktur ist mir nämlich allzu gut bekannt.

Was tun gegen die Ohnmacht?

Ich bin mit dem Gefühl (zum Glück) nicht alleine. 2019 saß ich mit anderen Freund*innen aus linksradikalen Zusammenhängen zusammen. Denn die Meldungen über Tote im Zusammenhang mit Polizei und Justiz schienen sich zu häufen: So der Tod des Aktivistens Steffen Meyn bei der unrechtmäßigen Räumung des Hambacher Forsts im Jahr 2018, die Verbrennung des zu Unrecht inhaftierten Amed Ahmad in der JVA Kleve im Jahr 2018, die tödlichen Schüsse der Polizei auf Adel B. nach einer Ruhestörung in Essen oder die Erschießung eines jungen Mannes im akuten psychischen Krisenzustand in Wuppertal im Jahr 2019, um nur einige wenige zu nennen.

→ Fortsetzung auf Seite 6



Die Familie von Amed Ahmad spricht bei einer Veranstaltung am 29.01.22 in Wuppertal. (Bild: infozentrale)

Kloster muss bleiben

Seit 5 Monaten ist das Kloster am Lousberg besetzt. Nun möchte der Besitzer es räumen lassen. Das muss verhindert werden!

Seit Ende August ist das alte Kloster an der Lousbergstraße 14 besetzt. Nach zwölf Jahren Leerstand haben die Besetzer:innen dort einen für Aachen einzigartigen Sehnsuchtsort entstehen lassen. Die vielen Räume, die von den langen Gängen abgehen, der urige Innenhof und der große Garten erlauben Veranstaltungen und Aktivitäten aller Art. Von Festivals, Konzerten im Kirchenschiff oder Kino im Chorus bis zu Klettertrainings, Tanz- und Yogakursen oder Siebdruck. All das und einiges mehr wurde bereits organisiert. Es ist ein Museum, eine Bibliothek, ein Umsonst-Laden, eine Küche, ein Sportraum und eine Werkstatt entstanden. Für jeden Traum ein Raum. Außerdem wurde es geschafft, ein verantwortungsbewusstes Miteinander zu etablieren. Dadurch konnte das Kloster mitten in der Pandemie zu einem Zentrum werden, das Allen erlaubt sich auszuprobieren und zu entfalten.

Nach jahrelangem Kultursterben sollten also keine Kosten gescheut werden, diesen wertvollen Ort in seiner jetzigen Nutzung zu erhalten!

Ein selbstbestimmter, unkommerzieller Ort, wie er schon lange in Aachen von Kulturschaffenden gefordert wird, zuletzt bei der Krachparade 2019 oder der Tanzdemo „Take back the night“ 2020. Im „Handlungskonzept Wohnen“ von 2021 stellte die Stadt dann fest, dass es großen Bedarf an nachbarschaftlichen Begegnungsorten gibt. Sogar Analysen zur Attraktivität Aachens untermauern, dass es dafür v. a. an vielfältiger Kultur fehlt. Das Kloster wird also gebraucht! Gleichzeitig bietet kein zweiter Ort in Aachen die selben Möglichkeiten für Kultur und Kreativität. Nach jahrelangem Kultursterben sollten also keine Kosten gescheut werden,

diesen wertvollen Ort in seiner jetzigen Nutzung zu erhalten!

Da das Kloster als Spekulationsobjekt von Hand zu Hand ging, war es jahrelang der Öffentlichkeit nicht zugänglich. Erst durch die Besetzer:innen wurde eine alternative Nutzung denkbar. Nach vielen Solidaritätsbekundungen aus der Nachbarschaft und ganz Aachen wurde bekannt, dass nun auch die Stadt die Idee von einem gemeinwohlorientierten Zentrum unterstützt. Dafür wollte die Stadt beim Verkaufsverfahren des Klosters mitbieten. Die endgültige Entscheidung darüber sollte am 15.12.2021 im Stadtrat gefällt werden. Um zu signalisieren, wie ernst die Forderung nach Selbstverwaltung ist, haben die Besetzer:innen gemeinsam mit uns und über 25 anderen Initiativen eine Absichtserklärung mit Konzeptideen für eine langfristige Nutzung des Klosters an die Stadt geschickt. Es gibt also Konzepte und den Willen, sie auszuarbeiten und umzusetzen. Noch 2019 hat die Stadt eine unglaubliche Summe von 50 Millionen Euro für das Prestige-Objekt „Neues Kurhaus“ bewilligt. Es wäre eine Schande gewesen, wenn der Stadtrat die Schaffung eines unkommerziellen Kulturzentrums nun abgelehnt hätte. Zu der Entscheidung ist es jedoch gar nicht erst gekommen.

Am Montag, den 15.12.2021 wurde bekannt, dass das Verkaufsverfahren gestoppt wurde. Die bisherigen Gebote waren dem verantwortlichen Unternehmen „CR Management“ zu niedrig. Die Laufbahn des Klosters als Spekulationsobjekt geht also weiter. Am 17.12. wurde veröffentlicht, dass das Verfahren erst nach dem Ende der Besetzung fortgesetzt werden soll. Das Kloster ist somit akut räumungsbedroht. Sollte es dazu kommen, würden massiv Steuergelder für das Eigentumsrecht eines Unternehmens geopfert werden, dem es nur um Gewinne geht. Ein so-



RÄUMUNG VERHINDERN!



Anwohner*innen und Unterstützer*innen vor dem besetzten Kloster.

(Bild: Privat)

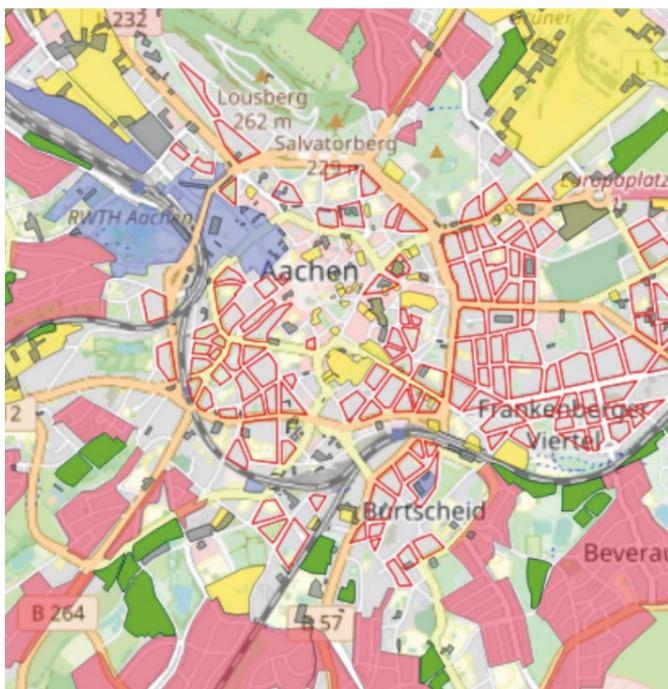
ziales Projekt mit Mehrwert und Vorbildcharakter für die ganze Stadt könnte Profitinteressen zum Opfer fallen. Ein weiteres Beispiel, wie der Kapitalismus die Stadtentwicklung im Griff hat. Das muss verhindert werden! Die Stadt sollte alle Hebel in Bewegung setzen, um das Gebäude zu kaufen und die Räumung zu verhindern. Sonst droht uns allen, dass ein weiterer Kultur-

ort verschwindet und sich die kulturelle Verarmung fortsetzt. Also:

Solidarität mit den Besetzer:innen! Boden und Wohnraum darf nicht länger eine Ware sein! Dauerhafter Nutzungsvertrag statt Räumung!

Recht auf Stadt Aachen

Aachen in Karten



Ein Vorgeschmack: Die gesammelten Ergebnisse der Karten auf einen Blick. (Bild: Recht auf Stadt Aachen)

Auf der Website unserer Initiative haben wir eine Sammlung von selbsterstellten Karten Aachens veröffentlicht. Darin zeigen wir, wo sich im Stadtgebiet Einfamilienhausgebiete, Autoflächen, Gewerbegebiete, Block-Rand-Bebauungen und Bauprojekte, die wir kritisieren, befinden. Zu jeder Karte gibt es eine Erklärung, was wir uns dabei gedacht haben. Da die Karten auf eigenen Beobachtungen basieren, garantieren wir keine Vollständigkeit oder 100% Korrektheit. Die selbst gemachten Karten haben wir mit offiziellen Karten z.B. aus dem Wohnungsmarktbericht ergänzt. Darin wird die Armut in der Stadt und Region gezeigt, Grünflächen, Mietpreisentwicklung und Wohnungsneubau. All diese Blickwinkel finden wir wichtig, um über die Zusammenhänge der Stadtentwicklung diskutieren zu können. Zu häufig wurde ausführlich über einzelne Bauprojekte diskutiert, ohne dabei die gesamte Stadt in den Blick zu nehmen. Mit den Karten wollen wir dazu beitragen, dass sich das ändert und Menschen sich leichter an Fragen der Stadtentwicklung beteiligen können. Wir möchten darüber diskutieren, was sich alles verändern muss, wo und wie Veränderungen ausprobiert werden können und wer sich daran beteiligen (können) müsste. Was läuft schief in der aktuellen Entwicklung Aachens? Wo müsste mehr auf solidarisches Miteinander und Räume für freie Kultur statt auf Wirtschaftswachstum geachtet werden? Wo sind viele Menschen von ähnlichen Problemen betroffen und könnten sich gemeinsam für Lösungen engagieren? Wo

müsste mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden, um für soziale Durchmischung zu sorgen? Wo und wie müsste der ÖPNV verbessert werden, damit das Auto verzichtbar wird? Was für Chancen bieten sich, wenn Autos von Plätzen und Straßenrändern verschwinden? Wo und was muss abgerissen werden, um eine gerechte Stadt aufzubauen? Sind die notwendigen Veränderungen gegen Wohnungsnot und Klimawandel ohne große Eingriffe in die heutige Siedlungsstruktur machbar? Wäre so was mit den heutigen Eigentumsverhältnissen denkbar? Welche gesellschaftlichen Probleme können nicht durch Stadtentwicklung, sondern nur durch z.B. Umverteilung verbessert werden? Wir hoffen, die Karten tragen dazu bei, dass mehr Menschen sich als Teil dieser Stadt begreifen und sich in die Diskussion um unsere gemeinsame Zukunft einbringen. Nur wenn viele mitmachen, kann es gelingen, die Stadt nach unser aller Bedürfnissen umzubauen. Für eine gerechte und klimafreundliche Stadt für alle!

Recht auf Stadt Aachen

Die Karten findet ihr unter:

www.rechtaufstadt-aachen.de

→ Alles zu Aachen

→ Aachen in Karten

Querdenken ist nicht ver(w)irrt, sondern gefährlich

Warum es weiterhin wichtig ist, sich den Verschwörungsgläubigen in den Weg zu stellen

→ Fortsetzung von Seite 1

Denn wenn wirklich nur ein winzigster Teil der Bevölkerung für alles Übel auf der Welt verantwortlich ist, ist der Wunsch nach der Auslöschung dieser Menschen überhaupt gar nicht mehr so unlogisch.

Dass man irgendwann an die jüdische Weltverschwörung glaubt, ist letztendlich genauso Konsequenz dieses Weltbilds, dem in vielen Fällen nur noch die zum Glück weiterhin existierende gesellschaftliche Ächtung des offenen Antisemitismus entgegensteht. Denn wenn man ernsthaft überzeugt ist, dass die Coronapandemie eine Verschwörung von „ganz oben“ ist, wer genau ist dann schuld? Wer ist dafür verantwortlich, dass „unsere DANN verändert“ und „unseren Kindern Gift gespritzt wird“, wenn eine neue Regierung im Amt ist? Irgendwelche Mächte im Ausland? Unwahrscheinlich, wenn die Gesinnungsgenoss*innen auch dort demonstrieren und Autokraten in fernen Ländern das Virus genauso leugnen. In den meisten Fällen sind sich auch die „Querdenker*innen“ bewusst, dass Aliens und Echsenmenschen vielleicht doch ein bisschen zu verrückt sind. Dass am Ende nur noch diejenigen Schuld sein können, denen man schon seit Jahrtausenden vorwirft, sie würden Kinderblut trinken und Brunnen vergiften, ergibt sich fast schon von selbst. Daher ist die Frage, ob die Verschwörungsideolog*innen wissen, wen sie beschuldigen, wenn sie von „den Eliten“ reden, nur noch von akademischer Natur.

Viele Menschen hegen die Hoffnung, dass mit dem Ende der Pandemie auch das Ende von „Querdenken“ kommt. Aber wie sicher sind wir uns eigentlich, dass sich Verschwörungstheoretiker*innen und Konsorten wieder zerlaufen, nachdem Corona endemisch geworden ist? Sicher wird sich ein Teil von ihnen vor den Rechner oder die Glotze zurückziehen, wenn es irgendwann keine oder kaum noch Maßnahmen gibt. Die Bewegung wird uns aber erhalten bleiben, wenn auch vielleicht unter einem oder mehreren anderen Namen. Mit ihnen hat sich eine Querfront von Neurechten, Verschwörungsideolog*innen und offenen Antisemit*innen in einem Ausmaß formiert, wie es sie seit der Niederlage des Nationalsozialismus in diesem Land nicht gab. Während der Flutkatastrophe im letzten Jahr gab es schon die ersten Versuche Hilfstrupps oder Kinderbetreuungen zu unterhalten, um ihre Indoktrination voranzutreiben und Propaganda zu verbreiten. Das ist ein Phänomen, dass wir mit Sicherheit wei-



Geschichtsrevisionistisches Schild auf einer Demo „gegen die Impfpflicht“ am 15.01.22 in Aachen.

(Bild: QuerdenkenWatchAc)

ter beobachten werden können.

Was ist nun also zu tun? Es ist wichtig ihr Weltbild aufs schärfste zu kritisieren, ihr Wirken zu behindern und in dem eigenen politischen Tätigkeitsbereich auf keinen Fall zuzulassen. Verschwörungstheorien liegt ein grundlegend unwissenschaftliches, antisemitisches Weltbild zu Grunde. Zu begreifen ist, dass die vereinfachten Vorstellungen über die Struktur von Welt, Politik und Gesellschaft die Faktoren sind, die Menschen anziehen und sie in schwierigen Zeiten mit Sicherheit ködern. Diese Erkenntnis muss Grundlage des Handelns sein und muss auch kommuniziert werden.

*Mit ihnen hat sich eine Querfront von Neurechten, Verschwörungsideolog*innen und offenen Antisemit*innen [...] formiert.*

Das beste Beispiel, wie man das genau falsch macht, sind die Aachener Linkspartei und ihre parteinahen Gruppierungen. Ihr Direktkandidat und Abgeordneter im Bundestag Andrej Hunko marschierte schon mehrfach bei „Querdenken“

und hielt sogar mindestens zwei Reden dort. Zwar distanzieren sie sich öffentlich von dieser Bewegung, besuchen aber zusammen mit ihnen Friedensdemos, bei denen in ganz ähnlicher Weise vereinfachte Welt- und Feindbilder gezeichnet werden. Man muss sich leider die Frage stellen, ob die LINKE in Aachen sich nicht nur zufällig verrannt hat, sondern mit der Vertretung eines solchen Gedankenguts hier nicht schon ganz die Seiten wechselt. Doch nicht nur in der Linkspartei grassieren Verständnis und Anbandeleien zu Verschwörungsideologien und Antisemitismus, mit unser aller Verhalten streuen wir ihren Verfechter*innen Rosen auf den Weg. Eine Frage an die Mitglieder der Grünen und den Leuten aus der Klimabewegung: Wie viele Leute sind in eurem Umkreis unterwegs, die auf der Basis von Esoterik die „böse westliche Schulmedizin“ als eine große Verschwörung der Pharmaindustrie sehen? Was ist mit euch Gewerkschaftler*innen? Wie viele Menschen in euren Strukturen denken, dass die Welt in bester Ordnung wäre, würden nicht „diese verfluchten Investor*innen“ aus dem Ausland eure Unternehmen kaputt machen?

Wir wollen euch hier nicht vorschreiben, wie

ihr Politik zu machen habt. Wir wissen, dass man unter den realen Umständen manchmal ein Auge zudrücken muss, wenn man Bündnisarbeit machen will oder dabei ist, sich betrieblich zu organisieren. Auch wollen wir hier nicht implizieren, dass eure verwirrten Arbeitskolleg*innen oder Genoss*innen auf einer Stufe mit Holocaustleugner*innen und Nazis stehen. Aber wir hoffen ihr seid euch bewusst, dass jede Reproduktion dieses vereinfachten Weltbilds Wasser auf den Mühlen der Antisemit*innen und Neurechten ist. Wir wissen ja auch, mit wem wir teilweise auf Kundgebungen stehen und dass die grundlegende Kritik an den kapitalistischen Verhältnissen, die unser aller Handeln bestimmen, bei Vielen schlichtweg nicht existiert. Aber bitte tut uns, euch und vor allem dieser Gesellschaft den Gefallen und erkennt „Querdenken“ als das an was es wirklich ist, die salonfähige offene Rückkehr von Antisemitismus in allzu deutscher Tradition. Gegen jeden Antisemitismus!

Perspektive Antifa

Was darf die Polizei?

Eine kritische Stellungnahme zu den Polizeischüssen in Aachen am 12.01.2021

Am Mittwoch, dem 12.01.2022, wurde in der Turmstraße in Aachen ein Mann von der Polizei angeschossen. Laut Polizei habe dieser ein Messer bei sich getragen, welches er auf Aufforderung nicht fallen ließ. Dies nahmen die anwesenden Beamt:innen zum Anlass, gleich zwei Mal auf ihn zu schießen. Laut Polizei-Pressemeldung sah „die zuständige Staatsanwaltschaft Aachen nach eingehender Prüfung des Sachverhaltes kein Fehlverhalten der beteiligten Polizeibeamten.“ Dies wurde nach nur wenigen Stunden gemeldet. Besonders eingehend scheint also – wie üblich bei Gewaltanwendung durch Polizist:innen – nichts geprüft worden zu sein.

Die lokalen Medien übernahmen in ihrer Berichterstattung traditionsgemäß fast wörtlich die Pressemitteilung der Polizei, ohne diese kritisch einzuordnen. Dabei gibt es Vieles, was zu hinterfragen wäre:

Warum wurde gleich zwei Mal auf die Person geschossen und warum auf die Brust? Warum wurde nicht zunächst ein Warnschuss abgege-

ben? Von einer an der Waffe ausgebildeten Person darf man annehmen, dass bei jedem Schuss auf die Brust der Tod des betroffenen Menschen billigend in Kauf genommen wird.

Wurde, bevor auf die Person geschossen wurde, versucht die Situation zu deeskalieren? War die „randalierende“ Person in einem psychischen Ausnahmezustand und wenn ja, haben die Polizist:innen dies erkannt und angemessen reagiert? Ausführliche Recherchen in den letzten Jahren, z. B. der taz, haben gezeigt dass Polizeibeamt:innen im Umgang mit psychisch kranken Menschen viel zu oft zur Waffe greifen. Etwa die Hälfte der Menschen, die in den letzten Jahren durch Polizeischüsse starben, war in einer akuten psychischen Ausnahmezustand, die sich mutmaßlicher Weise auch anders hätte auflösen lassen können.

Die verletzte Person wird von Polizei und Presse als „Randalierer“ betitelt. Abgesehen davon, dass das ein stark polarisierender und emotionalisierender Begriff ist, der wenig über das eigentliche Geschehen aussagt: Nach Gründen

für das Verhalten wird nicht gefragt. In den Veröffentlichungen wird lediglich von lautem und eventuell beängstigendem Auftreten in einem Treppenhaus berichtet. Die Message ist eindeutig: Wer randaliert, was auch immer das heißt, muss damit rechnen, von der Polizei erschossen oder angeschossen zu werden. Zu Recht?

War die Bedrohung wirklich so akut? Zahlreiche Erfahrungen zeigen, wie schnell Polizist:innen sich eine „Notwehr“-Situation zusammenkonstruieren, um im Nachhinein ihre Gewaltanwendung zu rechtfertigen. Diese Erzählung wird dann von Kolleg:innen und Staatsanwaltschaft eins zu eins übernommen. Die Formulierung, dass der Mann auf die Polizist:innen „zugegangen“ sei, ist dafür geradezu typisch. Unverfänglich, kann irgendwie als bedrohlich ausgelegt werden, ist schwer zu widerlegen. Praktisch also. Aber hätten die Beamt:innen nicht zunächst zurückweichen und weiter versuchen können, die Situation zu deeskalieren?

Das Auf-die-Polizist:innen-Zugehen wird aber in der Pressemeldung nicht einmal direkt als

Grund für die Abgabe der Schüsse angegeben, sondern, dass der Mann trotz mehrfacher Aufforderung das Messer nicht niederlegte. Kein Angriff war also Auslöser für die Schüsse, sondern ein Nicht-Handeln, ein Nicht-Befolgen von Befehlen?

Gegen den Angeschossenen wird nun wegen Widerstands gegen Polizeibeamte ermittelt.

Wir haben keine Antwort auf diese ganzen Fragen. Aber es bleibt wichtig, sie zu stellen. Damit der Polizei nicht die Definitionsmacht darüber, was richtig und falsch ist, überlassen bleibt. Damit wir Schritt für Schritt das Machtmonopol der Polizei zum Bröckeln bringen.

Wir wünschen der angeschossenen Person eine gute Besserung und alles Gute für den Prozess. Zeug:innen können sich gern bei uns melden und ihre Wahrnehmung des Geschehens schildern.

AK Antifa Aachen

Beklatscht, gelobt, verraten - Jetzt wird gestreikt!

Die Kolleg*innen der Berliner Charité haben Des 2015 in wegweisender Manier vorge-macht: Man verhandelte einen Tarifvertrag, der anstatt höherer Löhne die Personaldeckung ins Visier nahm. Das war damals absolutes Neu-land, aber angesichts der prekären Lage auf den Stationen der Krankenhäuser und Pflegeheime schlicht notwendig. Das zeigte sich spätestens dann, als in den darauffolgenden Jahren über 15 weitere Unikliniken deutschlandweit nachzo-gen und ebenfalls solche Verträge erkämpften. Das Prinzip eines solchen „Tarifvertrag Entlastung“ ist, dass zwischen Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden eine Mindestpersonalgrenze ausgehandelt wird. Sobald diese unterschritten wird, wird von einer Unterbesetzung gespro-chen. Diese bedeutet Mehrarbeit für diejenigen, die jetzt mit geringerem Personalstand in der gleichen Zeit die Station schmeißen müssen. Diese Mehrarbeit soll dank des Tarifvertrags vergütet werden. Entweder durch Lohn oder durch zusätzliche freie Tage.

Dadurch wird es ökonomisch attraktiver, mehr Kräfte einzustellen, anstatt das ohnehin schon verschlissene Personal noch mehr buckeln zu lassen.

Dieser „Tarifvertrag Entlastung“, soll jetzt an insgesamt sechs Unikliniken Nordrhein-Westfalens erkämpft werden: In Aachen, Bonn, Köln, Düsseldorf, Essen und Münster wird also bald

Am Aachener Uniklinikum formiert sich Widerstand gegen schlechte Arbeitsbedingungen und Unterbesetzung.

gestreikt. Damit das auch gelingt, versucht Ver-di aktuell möglichst viele neue Mitglieder in den Unikliniken zu gewinnen. Dabei dürfte die Ge-werkschaft vor dem Problem stehen, dass viele Angestellte aufgrund der langen Untätigkeit so-wie der jahrelangen Verschlechterung der eigen-en Arbeitsbedingungen ihr Vertrauen in Verdi verloren haben.

Doch der kommende Arbeitskampf, der ganz bewusst vor der nächsten Landtagswahl in NRW geführt wird, hat viel politisches Poten-tial. Die Politik hat während der Pandemie und des Wahlkampfes klare, spürbare Verbesserun-gen für die Pflege versprochen – mittlerweile wurden alle Versprechungen über den Haufen geworfen. Die ausgelaugten, aber ja immerhin beklatschten Pflegekräfte haben gemerkt, dass sie sich bessere Arbeitsbedingungen nur selbst erkämpfen können.

Das zeigt sich auch an der Qualität der Verträge, die an den anderen Unikliniken mit immer mehr Kampfbereitschaft ausgehandelt wurden. Diese wurden seit dem Initiativstreik an der Charité von Jahr zu Jahr besser, weshalb die berechnete Hoffnung besteht, dass man nun auf dem Erfolg der anderen Arbeitskämpfe aufbauen kann.

Es steht viel auf dem Spiel: Der Kollaps des Gesundheitssystem hat bereits begonnen. Welches Ausmaß er annimmt, ist elementar da-von abhängig, wie viele Arbeitskräfte im Beruf verbleiben oder ausscheiden. Und die dafür relevanten Stellschrauben sind ganz und gar materiell: Lohn, Erholung und Personaldichte sind die Faktoren, die es massiv anzuheben gilt. Geschieht dies nicht, sehen wir einer Zu-kunft entgegen, in der die Schwachen und Hilfs-bedürftigen dieser Gesellschaft nicht mehr die Versorgung erhalten werden, die nötig ist – Eine angemessene Versorgung wird den Teilen der Gesellschaft, die in der Lage sind, üppig zu be-zahlen, vorbehalten bleiben.

Die Tarifverträge zur Entlastung des Personals beziehen sich zwar erst einmal nur auf die Uni-kliniken, jedoch haben sie eine große Signal-wirkung für die gesamte Branche. In vielen Pflegeheimen und ambulanten Diensten liegt die Personaldichte insbesondere bei den Fach-kräften seit Jahren unter den erforderlichen Mindestgrenzen. Nur wenn auch hier entspre-chende Entlastungsverträge geschlossen wer-den und die Arbeitgeber deutlich mehr Geld in die Hände nehmen müssen, um mehr Personal

gewinnen und ausbilden zu können, kann man von einer wirklichen Entlastung für die Pflege sprechen. Doch dazu müssen die Gewerkschaf-ten viel Arbeit nachholen. Es müssen Mitglieder gewonnen und das kirchliche Arbeitsrecht an-gefochten werden. Dieses verhindert noch im-mer in vielen Einrichtungen die Organisation von Streiks. Bis dahin ist es noch ein langer Weg und es stellt sich die Frage, wie viele Pflegekräf-te bis dahin lieber aus dem Beruf ausscheiden, statt für bessere Bedingungen zu kämpfen. Jetzt aber gilt es erst einmal alle Blicke auf die Unikliniken zu richten. Ob die Arbeitskampfkampagne dort gelingen wird, ist nicht nur da-von abhängig, wie viele Angestellte am Ende in der Gewerkschaft sind und sich am Streik betei-ligen. Es wird nämlich auch die Zeit gekommen sein, in der all die Menschen, die zuvor fleißig auf den Balkonen applaudiert haben, ihre Soli-darität wahrhaftig unter Beweis stellen können. Unterstützt den Streik! Geht zu den Demonst-rationen und Streikposten. Zeigt, dass die Strei-kenden nicht allein sind. Zeigt, dass dieses The-ma uns Alle angeht.

R. Eifeldorf

Vorstellung einer dringend benötigten Initiative

Gesunde Krankenhäuser in NRW - Für ALLE!



Wir machen uns auf den Weg für gesunde Krankenhäuser! Am 9. Dezember 2020 vor dem Landtag in Düsseldorf.

(Bild: Johannes Hör)

In Zeiten von Corona ist für viele Menschen sichtbar geworden, wie dramatisch die Situa-tion in unseren Krankenhäusern inzwischen ist – für die Patient*innen ebenso wie für die Beschäftigten, seien es Ärzt*innen, Pfleger*in-nen oder all die anderen in Krankenhäusern beschäftigten Berufsgruppen. Überlastung bei geringer Bezahlung und zu wenig Zeit für die Versorgung von Patient*innen sind inzwischen Alltag in deutschen Krankenhäusern. Die Corona-pandemie verschärft dabei einen Miss-stand, der mit Einführung des sogenannten Fallpau-schalensystems vor ziemlich genau zwanzig Jahren Einzug in die öffentliche Gesundheits-versorgung gefunden hat. Seitdem sind Kran-kenhäuser nämlich quasi dazu gezwungen, die

Wirtschaftlichkeit über die Qualität der medi-zinischen Versorgung zu stellen. Nicht nur, dass bereits zuvor erstmals die Erwirtschaftung von Profiten in deutschen Krankenhäusern zugelassen wurde, nein, durch die innere Logik des Sys-tems wurde das Prinzip des Profites nachgerade zur Voraussetzung der Daseinsberechtigung eines Krankenhauses erkoren. Dabei sollte doch eigentlich die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung vor Ort (Daseinsvorsorge) der Maßstab der Dinge sein und eben nicht die wirtschaftlichen Interessen von Aktionär*innen oder Landesregierungen.

Die Versorgungsprobleme während der Pande-mie zeigen auch aktuell wieder, wie fehlgeleitet dieses System ist und wie perfide und allein

profitorientiert manche Krankenhausbetreiber die Schwachstel-len des Systems im eigenen Interesse ausnutzen. Muss ein Krankenhaus plötzlich eine hohe Anzahl von Coronapati-ent*innen versorgen, so müssen unter anderem aus hygiene-technischen Gründen andere Bet-ten gesperrt werden, geplante Behandlungen und Operationen müssen verschoben oder ab-gesagt werden, es werden zwangsläufig weni-ger Patient*innen behandelt. Hierdurch fallen plötzlich und rapide die Einnahmen des Hauses. Dies kann innerhalb weniger Wochen zu einer prekären finanziellen Schieflage führen. Als Kompensation wurden „Rettungsschirme“ ge-spannt, ohne deren Mittel heute viele unserer Krankenhäuser nicht mehr existieren würden.

Es werden Vorhalteprämien für frei gehaltene Betten und Beatmungsplätze gezahlt, deren tat-sächliche Verfügbarkeit jedoch nie überprüft wird. Einige Betreiber nutzen diese Situation und schließen Stationen der Regelversorgung, da mit der geschlossenen Station mehr Geld verdient werden kann als mit den eigentlich hier zu versorgenden Patient*innen. Das mag marktwirtschaftlich richtig (und konsequent zu Ende) ge-dacht sein, geht aber an dem Sinn eines Krankenhauses der Daseinsvorsorge nun mal gründlich vorbei.

Die Initiative „Gesunde Krankenhäuser in NRW – für ALLE!“ vereint Beschäftigte aus den Kran-ken-häusern und sozial engagierte Menschen ohne beruflichen Bezug zum Gesundheitssystem in der Sorge und Erkenntnis, dass das ak-tuelle System der Krankenhausfinanzierung unser aller Gesund-heit gefährdet. Uns ist klar: Nur, wenn wir viele sind, können wir den Druck auf Entscheidungsträ-ger*innen erhöhen, da-mit Jahrzehnte verfehlter Krankenhauspolitik in neue Bahnen gelenkt werden. Deshalb sind wir in Fußgängerzonen, auf Marktplätzen, vor Krankenhäusern und an vielen weiteren Orten anzutreffen und sammeln Unterschriften. Bis zum 30. April wollen wir mindestens 66.000 Un-terschriften sammeln, damit eine neue Landesregierung es zu ihrer Priorität macht, endlich die Wei-chen zu stellen für eine pa-tientenorientierte, barrierefreie, selbsthilfe-freundliche, wohnortnahe, bedarfsorientierte und demokratische Krankenhausplanung! Jede Unterschrift zählt, auch deine – und die von deiner Familie, von deinen Freund*innen und Kolleg*innen!

**Bündnis für ein
gemeinwohlorientiertes
Gesundheitswesen**

Zusätzliche Infos/ Links:

Weitere Informationen und Download oder Bestellung der Unterschriftenlisten:
www.gesunde-krankenhaeuser-nrw.de
volksinitiative@gesunde-krankenhaeuser-nrw.de
Tel.: +49176/24073950

Save the date: Große Kundgebung mit den Beschäftigten der 6 Unikliniken in NRW kurz vor der Landtagswahl am 7. Mai in Düsseldorf!
Mehr Infos hier:
www.notruf-entlastungnrw.de

Gehaltssteigerung war gestern! Reallohnverlust für Alle!

Bei den Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst hat Verdi ein erbärmliches Bild abgegeben.

Die Angestellten werden ihre Gürtel enger schnallen müssen.

Wie oft wurde seit Beginn der Pandemie gesagt, welche herausragende Leistung viele Angestellte des öffentlichen Dienstes erbracht haben, welchen Respekt z.B. die Pflegekräfte verdient hätten und dass die Arbeitsbedingungen so nicht in Ordnung gehen. Quer durch die Gesellschaft zog sich eine Linie aus Respekt, Solidarität und Verständnis. Kaum eine normal denkende Person würde behaupten, eine satte Gehaltserhöhung für die so genannten „systemrelevanten“ Berufe wäre unangemessen.

Das dachte sich auch die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi Ende vergangenen Jahres und ging mit der Forderung nach deutlich höheren Löhnen in die Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes. Das Ergebnis war niederschmetternd – ein Faustschlag in die Magengrube. Die Schwinger wurden von den Landespolitiker*innen ausgeteilt, die im Interesse ihrer Landeskassen die Personalkosten gering und so die Profite hoch halten wollen. Doch das ist wenig verwunderlich, liegt es doch in der Natur unserer hiesigen Ökonomie, die Ausbeutung maximal zu halten – auch im Gesundheitswesen und

öffentlichen Dienst.

Die eigentliche Ernüchterung in dieser Tarifrunde lag darin, dass die Gewerkschaften so schnell klein beigaben. 2,8 Prozent mehr Lohn und eine Einmalzahlung: mehr war nicht drin. De facto handelt es sich angesichts der aktuellen Inflationsraten um einen Reallohnverlust sondergleichen. Die Gewerkschaften sind schwach und das zeigt sich vor allem an Verdi, deren Burgfrieden-Politik nicht wirklich funktionieren kann. Der Kuschelkurs mit der Arbeitgeberseite hat offenbar nicht zu den erwünschten Ergebnissen geführt. Ganz im Gegenteil: Die Gesamtmitgliederzahl ist erschreckend gering. In vielen Betrieben liegt die Organisationsquote bei nicht einmal 10 Prozent.

Dank des schieren Unwillens vieler Gewerkschaften, sich wahrhaftig und kämpferisch für die Belegschaften einzusetzen und nennenswerte Gehaltserhöhungen zu erstreiten, denken viele Angestellte nicht einmal daran, sich einer solchen Institution anzuschließen. Man richtet lieber Forderungen an die Politik, die sich in den letzten Jahrzehnten jedoch selten dazu he-

rabließ, der arbeitenden Bevölkerung auch nur einen Cent mehr zu gönnen als unbedingt nötig. Dennoch hat die aktuelle Gesetzesänderung zum Mindestlohn mehr Geld in die Taschen der Arbeitnehmenden gespült, als es das erbärmliche Ergebnis der zermürbenden Tarifverhandlungen zum Tarifvertrag Öffentlicher Dienst je konnte.

Das Dilemma ist folgendes: Die Gewerkschaften sind nicht wirkmächtig genug, weil ihnen die Mitglieder fehlen. Die Arbeitenden treten keinen Gewerkschaften mehr bei, weil diese nicht wirkmächtig genug sind. Doch nicht nur das: Viel zu oft sind die DGB-Gewerkschaften Kompromisse zu Lasten der Angestellten eingegangen, weil man sich erhoffte, den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken und damit Arbeitsplätze zu sichern. Dass die Unternehmensspitzen sich einen feuchten Kehrrecht um die ausgehandelten Kompromisse scheren, hat nicht zuletzt die Schließung des Continental-Werks hier in Aachen gezeigt. Die eine Seite unserer Klassengesellschaft hat die Sozialpartnerschaft längst aufgekündigt. Es wird Zeit,

dass die andere Seite selbiges tut und in die Offensive geht. Hier könnten die Gewerkschaften endlich wieder punkten und frustrierte Arbeiter*innen neu hinzugewinnen.

Die parlamentarische Politik kann, was die Rechte von Arbeitnehmer*innen betrifft, allenfalls gewisse Rahmenpunkte setzen, wenn sie denn überhaupt dazu gewillt ist und das wiederum kann man getrost knicken. Wir brauchen also eigene Wege, selbstwirksam bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Grundsätzlich ist das hiesige kapitalistische Gesellschaftsmodell noch genauso strukturiert, wie vor 150 Jahren. Damals wie heute waren die Klassengegensätze immens. Über gemeinsame Organisation und Streiks konnten Arbeiter*innen Errungenschaften erkämpfen, von denen wir Lohnabhängigen heute noch zehren. Diese Kampfformen gilt es sich wieder anzueignen, wenn wir nicht hinnehmen wollen, dass Mieten, Heiz- und Nebenkosten sowie Nahrungsmittel und Kleidung immer teurer werden, während die Löhne weiter stagnieren.

R. Eifeldorf

Prostitution zwischen Sexualität und Gewalt

Der blinde Fleck innerhalb der Debatte zu Gewalt gegen Frauen

In Deutschland arbeiten um die 40.000 Frauen angemeldet in der Prostitution. Die Dunkelziffer ist jedoch weit höher. Schätzungen gehen von 400.000 Frauen aus. Die meisten von ihnen arbeiten selbstständig und entscheiden sich auf einer legalen Ebene zur Arbeit als Prostituierte. Viele dieser Frauen enden jedoch mit der Zeit in konkreten Ausbeutungs- und Zwangsverhältnissen durch Zuhälter*innen und Freier. Daneben werden Frauen immer wieder auch Opfer von Menschenhandel mit dem Ziel der sexuellen Ausbeutung durch gut organisierte Tätergruppen und werden zur Zwangsprostitution gezwungen. Ob es sich nun um Zwangsprostitution oder legale, vermeintlich frei gewählte Prostitution handelt; die Basis dafür, dass Frauen sich prostituieren, bleibt dieselbe: materielle Not und Armut. Somit ist Prostitution immer mit kapitalistischen Zwängen verbunden und ohne diese nicht zu verstehen. Im Kapitalismus ist jede Lohnarbeit mit gewaltvoller Zurichtung verbunden. Jede Sozialisation im Kapitalismus zielt darauf ab, dass Menschen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Doch obwohl sowohl die Lohnarbeit als auch die Prostitution beide aus den Nöten, die der Kapitalismus mit sich bringt, entspringen und beide eine gewaltvolle Grundlage haben, darf man nicht dem Trugschluss auf den Leim gehen, dass die Prostitution ein Job wie jeder andere sein kann und mit der Lohnarbeit deckungsgleich ist.

Was hat Prostitution mit Geschlecht zu tun?

Oft wird, wenn von Prostitution gesprochen wird, die geschlechtliche Komponente außen vor gelassen. Die meisten Menschen, die in der Prostitution arbeiten, sind Frauen. Die Konsumenten dieser jedoch Männer. Es gibt zwar auch andere Berufe, die innerhalb unserer Gesellschaft hauptsächlich von Frauen oder Männern ausgeführt werden. Jedoch hängt ihre Ausführung nicht am Geschlecht und es ist theoretisch beliebig austauschbar, ob die Tätigkeit von einem Mann oder einer Frau ausgeführt wird. So ist es am Ende gleichgültig, ob Haare von einer Friseurin oder einem Friseur geschnitten werden. Diese Dienstleistung des Frisierens wird zudem sowohl von Männern als auch von Frauen in Anspruch genommen. Das ist bei der Prostitution nicht der Fall. Hier stehen den meist weiblichen Prostituierten nur männliche Freier entgegen. Zudem wird sich beim Gang

zur Friseurin im Gegensatz zum Gang ins Bordell eine Dienstleistung und nicht der Zugriff auf einen weiblichen Körper eingekauft. An dieser Stelle bezahlt der Freier Geld für seine Befriedigung nach seinen Wünschen und Vorstellungen. Dabei sind die Bedürfnisse der Prostituierten unerheblich für ihn. Er stellt seine Befriedigung über ihren Willen. Hierbei wird der weibliche Körper zur Projektionsfläche für männliches sexuelles Begehren – die Frau wird zur Ware. Sie untersteht konkreter männlicher Verfügung und darum ist Prostitution per se gewaltvoll. Dieser Umstand findet sich nicht nur in der Prostitution, sondern auch an anderer Stelle in unserer patriarchalen Gesellschaft. Jedoch wird sonst diese Gewalt gegen Frauen im kapitalistischen Patriarchat verschleiert und vermittelt. Innerhalb von Prostitution tritt dieser gesellschaftliche Fakt jedoch offen zum Vorschein. So sind Frauen in der Prostitution nicht nur der genannten strukturellen Gewalt ausgesetzt, sondern diese manifestiert sich auch in konkreten Gewalthandlungen durch Freier und Zuhälter*innen gegen sie. Oft wird im Zusammenhang mit Prostitution Gewalt gegen Frauen bagatellisiert. Es findet eine Aufspaltung in Heilige und Hure statt und der ehrbaren Frau wird die Prostituierte als andere Frau entgegengestellt. Frauen in der Prostitution sind jedoch nicht die andere Frau, sondern eine Frau. So wird durch diese Art der Argumentation Gewalt gegen Frauen in unserer Gesellschaft normalisiert.

Prostitution - ein Job wie jeder andere?

Selbst wenn wir die geschlechtliche Komponente außen vor lassen würden, so dürfen wir nicht vergessen, dass Arbeit im Kapitalismus immer Zwang bedeutet. Würden wir Prostitution behandeln wie einen Job, der so ist wie jeder andere, würde das bedeuten, dass beispielsweise das Jobcenter Arbeitslose in Prostitution vermitteln könnte. Dies würde dem Menschenrecht auf sexuelle Selbstbestimmung widersprechen. An dieser Stelle darf nicht der Trugschluss begangen werden, dass Emanzipation durch die Befreiung der Arbeit von Zwang erreicht werden kann. Denn über Arbeit, ähnlich wie über Geschlecht, wird sowohl Herrschaft als auch Gesellschaft im Allgemeinen vermittelt. Arbeit, ähnlich wie Sexualität, ist nichts, was außerhalb von Gesellschaft steht, sondern beides wird innerhalb von ihr konstruiert und durch So-



Gewalt gegen Frauen findet auch mitten in Aachen statt.

(Bild: Privat)

zialisation dem Individuum vermittelt. So kann Arbeit an sich nicht befreit werden. Vielmehr müssen wir die gesellschaftlichen Verhältnisse überwinden und Arbeit, wie wir sie kennen, abschaffen. Ähnliches gilt für Sexualität. So wäre es an dieser Stelle viel wichtiger, über Sexualität im Kapitalismus zu sprechen und zu analysieren, wie diese zustande kommt und wie das menschliche Begehren durch den patriarchalen Kapitalismus zugerichtet ist. Sexuelles Begehren entsteht nicht ohne gesellschaftlichen Kontext. Bereits Marx wusste, dass es nicht die eine ursprüngliche Natur des Menschen gibt, die nur mit genug (Selbst-)Reflexion herausgefunden werden muss, sondern diese immer von der zweiten Natur, die gesellschaftlich geformt ist, überdeckt wird. Die Struktur des individuellen Begehrens ist innerhalb unserer Gesellschaft über Jahrhunderte gewachsen. Sie ist das Produkt von Unterdrückung und Herrschaft: Im konkreten Fall der Prostitution von männlicher Herrschaft und der sich daraus ergebenden Unterdrückung von Frauen.

Eine Gesellschaft, die auf der Unterdrückung von Frauen fußt und somit Gewalt gegen Frauen zu ihrem Erhalt als notwendig akzeptiert, kann nur ein Begehren produzieren, was im Mindesten gewaltförmig innerhalb von Sexualität hinnimmt. So gilt es also nicht nur die Form der Unterdrückung zu verändern, sondern diese gänzlich zu überwinden.

Das Ende des Stigmas als Ende der Gewalt?

Da die Entscheidung für Prostitution einer

materiellen Grundlage unterliegt und durch ideologische Elemente geformt ist, reicht es nicht, nur gegen das gesellschaftliche Stigma zu kämpfen, das auf der Prostitution lastet. Es ist natürlich wichtig und richtig, die Frauen, die in der Prostitution tätig sind, nicht als die andere Frau zu begreifen. Aber erstens lässt sich dieses Stigma nur sehr bedingt innerhalb des patriarchalen Kapitalismus auflösen, denn dieser ist innerhalb seiner bürgerlichen Ausprägung darauf angewiesen, dass die Frau im Mythos zwischen der heiligen jungfräulichen Mutter und der Hure aufgespalten wird. Zweitens reicht ein Ende des Stigmas auch nicht aus, denn es greift die Grundlage des Problems nicht an. Das würde nämlich nur eine Änderung der Wahrnehmung der Prostitution, aber nicht die damit verbundene Gewalt gegen Frauen beenden. Stattdessen muss es darum gehen, die Verhältnisse anzugreifen, die Frauen dazu zwingen, ihren Körper zu verkaufen. Wir möchten darum die Prostitution, die innerhalb des Kapitalismus stattfindet, angreifen, jedoch sind wir gleichzeitig mit allen Frauen solidarisch, die durch die gesellschaftlichen Umstände dazu gezwungen werden in der Prostitution tätig zu sein. Denn nicht die Frauen, die gezwungen sind in der Prostitution zu arbeiten, sind das Problem, sondern die Verhältnisse, die sie dazu zwingen, sowie die Zuhälter*innen und Freier, die von diesen profitieren und die Gewalt aufrechterhalten.

Diskursiv Aachen

Um nicht alleine zu sein mit dem Schmerz!

Was tun gegen Polizeigewalt? Erfahrungsbericht eines Organisationsversuchs

→ Fortsetzung von Seite 1

„Wie kann es sein, dass eine Institution, die eigentlich fundamental in der Kritik stehen sollte, mit maßgeschneiderten Gesetzesgeschenken belohnt wird?“

In derselben Zeit kamen zusätzlich immer mehr Tatsachen über rechtsextreme und rassistische Chatgruppen und Netzwerke in Bundes-, Landespolizei und der Bundeswehr ans Licht.

Außerdem stand nach der Verschärfung des Widerstandsparagrafen 2017, dem neuen Polizeigesetz 2018 nun auch noch die Verschärfung des Versammlungsgesetzes durch die schwarzgelbe Landesregierung vor der Tür.

Wir fragten uns: Wie kann es sein, dass eine Institution, die eigentlich fundamental in der Kritik stehen sollte mit maßgeschneiderten Gesetzesgeschenken belohnt wird? Und wie können wir dagegen vorgehen?

So entstand die Idee für ein „Forum gegen Polizeigewalt und Repression“.

„Wir sind meistens zu wenige, die es interessiert und selbst wenn eine größere Masse zusammenkommt, [...] sind die Effekte gleich null.“

Mehr als nur Protest

Wir wollten nicht einfach wieder eine Demo oder Kundgebung organisieren zu einem dieser Fälle, die uns skandalös oder wichtig genug erscheinen. Dahinter stand eine frustrierte Bilanz: Wir sind meistens zu wenige, die es interessiert. Selbst wenn eine größere Masse zusammenkommt, wie bei den Protesten gegen das neue Versammlungsgesetz, sind die Effekte gleich null. Wir investieren also die wertvolle Zeit, die wir uns nehmen, in ziemlich wirkungslosen Protest und Appelle, getreu dem Motto: „Irgendwas muss man ja machen!“

Stattdessen war unsere Idee, eine Art Plattform zu schaffen, um mit der Flut an beschissenen Ereignissen umzugehen. Eine Plattform, die vor allem nachhaltigere Verbindungen und Ansätze schaffen soll, statt „nur“ ein neues Treffen zur Organisation einer Demo zu sein.

Um gegen Repression und Polizeigewalt vorgehen zu können, braucht es zuerst



Fronttransparent auf der Demonstration in Wuppertal am 29.01.22.

(Bild: anfddeutsch.com)

einmal das Bewusstsein nicht alleine zu sein mit dem Schmerz, so die Mutter von Amed Ahmad auf der Demo in Wuppertal. Es hilft, sich auszutauschen über die Vertuschungsarbeit der Behörden und die Berichterstattung, die so gar nicht zu der eigenen Wahrnehmung passt. Und es hilft schließlich, Erfahrungen auszutauschen über die Möglichkeiten, sich juristisch zu wehren oder zumindest noch größeren Schaden abzuwenden.

Zunächst hieß das, sich erst mal darauf zu konzentrieren, Kontakte zu knüpfen zu den vielen verschiedenen Menschen und Gruppen, die unter staatlicher Gewalt leiden. Um uns so gegenseitig zu zeigen, dass wir nicht alleine sind - nicht nur nicht alleine, sondern viele.

„Wir wollten eine Struktur schaffen, um sich aufzulehnen gegen die täglichen Drangsalierungen und Angriffe. [...] Gemeinsam und nicht einzeln und isoliert in unseren Kämpfen und Communities.“

Wir wollten eine Struktur schaffen, um sich aufzulehnen gegen die täglichen Drangsalierungen und Angriffe. Um sich zu wehren gegen die gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen, die sie hervorbringen. Gemeinsam und nicht einzeln und isoliert in unseren Kämpfen und Communities.

Kämpfe verbinden



Eine Ausstellung dokumentiert Fälle von Rassismus und Gewalt durch die Polizei NRW. (Bild: antifa désaccord)

Polizeigewalt und Repression betreffen Menschen aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und unterschiedlichen Gründen. Besonders häufig betroffen sind Menschen aus migrantischen Communities, psychisch Kranke und politische Aktivist*innen, die sich jenseits der bürgerlichen Mitte engagieren.

Wir wollen also ein Netzwerk spinnen, in dem wir die verschiedensten Erfahrungen und Umgangsweisen teilen und nach außen tragen können. Und um die Last auf vielen Schultern zu verteilen und so effektiver für Aufklärung und Gerechtigkeit zu kämpfen. Außerdem könnte so auch eine Basis geschaffen werden, um gemeinsam Strukturen zu bauen, um unsere Sicherheit zu gewährleisten und uns gegen den Staat zu wehren.

It's something...

Wie immer hinken wir unseren Zielen und Ansprüchen ganz schön hinterher. Kontakte knüpfen, vor allem außerhalb der eigenen Blase ist gar nicht so einfach. Eine E-Mail mit der Einladung zu einem

Treffen reicht meistens nicht aus. Der Erfahrung nach ist es viel einfacher, auch um viele Ecken nach persönlichen Kontakten zu suchen. Aber auch die sind spärlich gesät und oft fehlt es an Zeit und Muße, unsere Anliegen und Ideen in andere Kreise zu tragen und gegenseitiges Verständnis und Vertrauen aufzubauen. Ich habe auch das Gefühl, dass wir erstmal wieder lernen müssen, uns ernsthaft miteinander auszutauschen. Es fällt mir zum Beispiel relativ leicht, auf einer Kundgebung verschiedenen Redebeiträgen zu lauschen oder auf einem Treffen zu organisieren, um welche blinden Flecken bei der Gestaltung des Programms sich noch gekümmert werden sollte. Aber ernsthafte Gespräche über unsere verschiedenen Perspektiven und Bedürfnisse zu führen, nicht nur mit den eigenen Freund*innen kostet mich sehr viel Überwindung. Wir könnten uns auf jeden Fall über die verschiedenen Beiträge auf den Veranstaltungen hinaus noch viel mehr austauschen und gegenseitig mitgeben. Wahrscheinlich braucht es dafür auch einfach noch andere Anlässe, um zusammen zu kommen. Sich gemeinsam zu überlegen, wie solche Räume aussehen können, ist eine wichtige Aufgabe für die Zukunft. Genauso wie weitere provokante Aktionen gegen die Ignoranz der Herrschenden, wie der Besuch bei NRW-Innenminister Herbert Reul 2020.

Trotzdem haben wir es mit der Demo in Wuppertal zum dritten Mal geschafft, wenigstens einmal im Jahr eine Veranstaltung zu organisieren, die mehr ist als reiner Protest. Ein Ort, an dem wir als verschiedenste Betroffene dieser gewaltvollen/unterdrückerischen/autoritären/rassistischen Strukturen zusammenkommen und uns zumindest untereinander Gehör verschaffen können.

Vielmehr als ein Netzwerk um dieses jährliche Forum zu organisieren, sind wir auch noch nicht, geschweige denn genug, um ernsthaften Einfluss auf gesellschaftliches und politisches Geschehen zu nehmen. Aber sehen wir dies als Anfang...

Beteiligte des Forums gegen Polizeigewalt und Repression

Forum gegen Polizeigewalt NRW

Das „Forum gegen Polizeigewalt“ schloss sich Anfang 2020 als NRW-weites Bündnis zusammen. Seitdem arbeiten hier immer wieder unterschiedliche Unterstützer*innenkreise und Initiativen zu den Themen Sicherheitspolitik und Polizeigewalt. Unter anderem: antirassistische und migrantische Initiativen, antifaschistische Gruppen, Unterstützer*innenkreise und Angehörige von Menschen die durch die Polizei ums Leben kamen, Bürgerrechtsorganisationen, autonome Zusammenhänge und Bündnisse für den Erhalt von Grundrechten.

Als „Forum gegen Polizeigewalt“ fanden bisher drei größere und mehrere kleine Veranstaltungen statt.

2020 demonstrierten 120 Menschen in Leichlingen unweit des Privatwohnsitzes von Innenminister Herbert Reul. Eine Forderung war Gerechtigkeit und Aufklärung in verschiedenen Fällen von durch die Polizei getöteten Menschen. Außerdem stellten sich die Demonstrant*innen gegen rassistische Stimmungsmache, Stichwort „Clankriminalität“, seitens der Landesregierung und die geplanten Gesetzesverschärfungen im Bereich Sicherheitspolitik.

2021 demonstrierten 200 Menschen in Essen vor dem Polizeipräsidium, in dem in NRW die bisher größte extrem rechte Chatgruppe bekannt wurde.

Zuletzt kamen ca. 300 Leute in Wuppertal zusammen, um Georgios Zantiotis zu gedenken und Aufklärung über seinen und drei weitere Tode, in den letzten zwei Jahren durch die Wuppertaler Polizei, zu fordern.

Auf den Veranstaltungen des Forums gibt es nicht nur Redebeiträge verschiedener Initiativen: Eine Ausstellung zeigt die vielen Fälle von Polizeigewalt in den vergangenen Jahren und beeindruckte auch Passant*innen mit der zur Schau gestellten Masse von Presseartikeln, Fernsehbeiträgen und Zeug*innenschilderungen.

Die Beiträge decken ein breites Spektrum an Themen und Perspektiven auf staatliche Gewalt und Unterdrückung ab. Schilderungen über Erfahrungen mit Rassismus und Beiträge der Familien von Verstorbenen berühren tief und lassen einen oft nachdenklich zurück. Aber auch Analysen über Law & Order Politik der letzten Jahre und satirisch anmutende Zusammenstellungen über Fälle von Rechtsextremismus bei der Polizei und die Aussichtslosigkeit gegen erfahrene Repression juristisch vorzugehen, finden ihren Platz. Über allem steht der Wille im Kampf für Aufklärung und Gerechtigkeit, niemanden alleine zu lassen und eine gemeinsame Perspektive auf eine Gesellschaft ohne Polizei und Unterdrückung zu entwickeln. Wenn ihr euch in Zukunft an der Arbeit des Bündnisses beteiligen wollt, meldet euch gerne unter den angegebenen Kontaktadressen auf dem Blog. Dort sind auch viele Redebeiträge und weiterführendes Infomaterial dokumentiert: forumnrw.noblogs.org
Niemand wird vergessen!

Die unabhängige Justiz und andere Sagen

Was häufig im juristischen Nachgang von Konflikten mit der Polizei passiert und zur völlig fehlenden Neutralität der ermittelnden Behörden und Gerichte.

Im Jahr 2018 richtete die Staatsanwaltschaft Düsseldorf das Dezernat 82 ein, das seitdem für Anklagen in Fällen von Konflikten mit Amtsträger*innen aller Art zuständig ist. In der Masse sind es aber wohl hauptsächlich Situationen, an denen Polizist*innen beteiligt waren, und bei denen letztlich nach den Paragrafen 113 und 114 für Widerstand gegen oder tätlichen Angriff auf Vollstreckungsbeamte oder wegen Beleidigungen angeklagt werden soll. Die damalige Dezernatsleiterin Britta Zur beschrieb ihre Herangehensweise 2019 in einem Interview in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung so: „Wir stellen so gut wie nichts ein. Wir klagen an wann immer es geht“. Zur wolle damit Zeichen setzen und klare Kante zeigen. Der Artikel stellt fest, dass die Einstellungsquote ihres Dezernats weit unter 50 Prozent, dem landesweiten Schnitt aller Verfahren, liege. Schon rein statistisch könnte man hier eine gewisse voreingenommene Parteilichkeit oder ein politisches Kalkül vermuten.

Wann immer Menschen ihnen widerfahrene Polizeigewalt öffentlich thematisieren oder zur Anzeige bringen folgt die Gegenanzeige wegen Widerstands automatisch.

Nach Vorbild der Modellprojekte in Düsseldorf, Aachen und Köln sprießen solche Dezernate seitdem auch an anderen Orten aus dem Boden und übertreffen sich gegenseitig mit den Zahlen ihrer Anklagen sowie ihren unqualifizierten Kommentaren zum Inhalt ihrer Arbeit. So z. B. in Bochum, wo der Sprecher der Staatsanwaltschaft Jan Oelbermann der WAZ 2021 von 1200 Verfahren in 10 Monaten berichtet. Hier werden „die Verfahren grundsätzlich nicht eingestellt, sondern landen bei Gericht, als Anklage oder als Strafbefehl“. Würde man voraussetzen, Staatsanwaltschaften seien neutrale Behörden, deren Aufgabe es ist in Ermittlungsverfahren Sachverhalte zu klären und ggfs Straftaten zur Anklage zu bringen, müsste sich Herr Oelbermann mit dieser Aussage schon um seinen Job gebracht haben. Wie wahrscheinlich ist es, dass bei 1200 Fällen nicht ein einziger dabei ist, bei dem die Ermittlungen die Anschuldigung nicht bestätigen und der deshalb einzustellen wäre? Nur sind Staatsanwaltschaften eben keine neutralen Institutionen und Herr Oelbermann noch im Amt.

Und die hohe Zahl der Anzeigen dürfte in erster Linie daher rühren, dass inzwischen fast jede Person, die in eine wie auch immer geartete Konfliktsituation mit der Polizei gerät, mit der entsprechenden Beschuldigung nach den eben genannten Paragrafen zu rechnen hat. Und das gilt im Besonderen für Betroffene von Polizeigewalt. Wann immer Menschen ihnen widerfahrene Polizeigewalt öffentlich thematisieren oder zur Anzeige bringen folgt die Gegenanzeige wegen Widerstands automatisch.

Die Einstellungsquote hier liegt also bei satten 98 Prozent.

Und hier kommt das Düsseldorfer Dezernat 82 wieder ins Spiel. Das ist interessanterweise nämlich neben den eben beschriebenen Aufgaben auch für „Übergriffe von Polizisten auf Andere“ zuständig, also für Polizeigewalt. Hier liegt die Einstellungsquote allerdings sicher etwas über 50 Prozent. Bundesweit werden laut einer Studie des Kriminologen Tobias Singelstein an der Ruhr-Uni Bochum nur ca. 2 Prozent aller angezeigten Fälle von Polizeigewalt zur Anklage gebracht, nur ca. 0,7 Prozent letztlich auch verurteilt. Die Einstellungsquote hier

liegt also bei satten 98 Prozent. Aber natürlich hat Britta Zur auch hierfür eine Erklärung und sieht nicht etwa Gewissenskonflikte bei der Erledigung ihrer Aufgaben. In besagtem Interview stellt sie fest, dass es sogar sinnvoll sei, beide Delikte in einem Dezernat zu verfolgen, weil Anzeigen wegen Angriffen auf Polizisten nicht selten Gegenanzeigen der mutmaßlichen Täter zur Folge hätten, die „von ihrem eigenen Widerstand ablenken wollen“. Mit dieser Täter-Opfer-Umkehr findet sie sich in einer Linie mit dem Essener Polizeipräsidenten Frank Richter, der im Juni 2020 auf die Frage, warum Betroffene von Polizeigewalt inzwischen offensiver die Öffentlichkeit suchen, exakt das Gleiche erklärte. Bei soviel inhaltlicher Übereinstimmung verwundert es auch nicht, dass Britta Zur nochmal den Job wechselte und seit 2020 auf direkte Berufung von Innenminister Herbert Reul das Polizeipräsidium Gelsenkirchen leitet.

Polizei und Staatsanwaltschaften versuchen also die öffentliche Meinung so zu beeinflussen, dass der Eindruck entsteht, es gebe gar keine Polizeigewalt, sondern lediglich Straftäter, die Polizist*innen ungerechtfertigterweise der Polizeigewalt beschuldigen, um sich selbst zu entlasten. Unterstützt wird diese Erzählung von Politiker*innen aller Couleur, die grundsätzlich mindestens 99 Prozent der Beamt*innen attestieren, einen hervorragenden Job zu machen und niemals ein strukturelles Problem, sondern höchstens mal aus der Rolle gefallene Einzelfälle erkennen können. Beispielhaft zu nennen sei hier der legendäre Ausspruch des damaligen ersten Bürgermeisters von Hamburg und heutigen Bundeskanzlers Olaf Scholz, der 2017 im Anschluss an den G20 Gipfel erklärte: „Polizeigewalt hat es nicht gegeben, das ist eine Denunziation, die ich entschieden zurückweise.“ Dabei war es ihm auch völlig egal, dass es im Netz bereits von Videos wimmelte, die eindeutig das Gegenteil zeigten. Und bescheinigt doch mal eine Politikerin – wie 2020 Saskia Esken – der Polizei ein Rassismusproblem, hagelt es einen Shitstorm aus allen Parteien und die Polizeigewerkschaften gehen auf die Barrikaden, so dass die SPD Vorsitzende kleinlaut zurückruderte.

Wie eben schon gesagt, sieht die Wirklichkeit beim Thema Polizeigewalt wohl eher so aus: Wer der Polizei in irgendeiner Form in die Quere kommt, wird des Widerstands oder Schlimmerens beschuldigt und findet sich mit hoher Wahrscheinlichkeit vor Gericht wieder oder bekommt einen Strafbefehl zugeschickt. Und dabei ist es häufig leider allzu leicht, ihnen in die Quere zu kommen. Schon das nicht prompte Befolgen einer Anweisung oder die Frage nach dem Grund der Maßnahme empfinden viele Polizist*innen offenbar als eine Art Majestätsbeleidigung, werden schnell ausfallend und entgegenn auf Fragen mit so einleuchtenden Erklärungen wie „weil ich das so sage“. Und wer sich an diesem Punkt nicht sofort demütig unterwirft, muss schnell mit körperlicher Gewalt rechnen. Natürlich sind diese autoritären Verhaltensweisen häufig noch ausgeprägter und haben oft fatalere Konsequenzen, wenn es sich bei der von der Maßnahme betroffenen Person um eine Person of Color handelt und auch rassistische Muster greifen.

Öffentlich wird bewusst ein Bild geprägt, die armen Polizist*innen hätten es im Streifendienst von Tag zu Tag schwerer und sähen sich einer sogenannten Verrohung der Gesellschaft ausgesetzt, der entschlossen und vor allem durch ständige Kompetenzerweiterungen der Sicherheitsbehörden entgegen gewirkt werden müsse. Dabei

spielen natürlich auch große Teile der Medien ihre gewohnte Rolle, indem sie mit reißerischen Überschriften wie „Statistik für 2020: Fast 85.000 Polizisten wurden gewalttätig angegriffen“ oder „Linke Gewalt gegen Polizisten – ein grassierendes Problem“ für eine aufgeheizte Stimmung sorgen.

Wie häufig werden Polizisten angeklagt?

(Grafik: Vice/Korrektiv)



Kommen wir zuletzt zur dritten staatlichen Institution, mit der es Menschen, die mit der Polizei konfrontiert sind, häufig zu tun bekommen: den Gerichten. In großen Teilen der Gesellschaft herrscht nach wie vor der Eindruck, wir hätten einen sogenannten funktionierenden Rechtsstaat, mit unabhängigen Richterinnen und Richtern, ohne eigene politische Agenda. Die würden, sollte es bei den vorgelegten Institutionen Polizei oder Staatsanwaltschaft zu Unregelmäßigkeiten gekommen sein, diese „im Namen des Volkes“ schon wieder gerade rücken. Wer allerdings schon mal einen Prozess zum Thema Polizeigewalt oder Widerstand mitverfolgt hat, wird sehr schnell eines anderen belehrt. In der Regel treten eine Handvoll am Einsatz beteiligter Polizist*innen als Belastungszeug*innen auf und schildern in verblüffender Einheitlichkeit ihre vermeintlichen Beobachtungen. Richter*innen gewähren Polizeizeug*innen gewöhnlich einen hohen Vertrauensvorschuss und bewerten sie in den allermeisten Fällen als glaubhaft, denn warum sollten die Beamt*innen auch lügen. Nicht polizeiliche Entlastungszeug*innen werden hingegen von den Gerichten häufig als unglaubwürdig, weil parteiisch, eingestuft. In Aussage-gegen-Aussage-Situationen wird den Polizist*innen geglaubt und entsprechend geurteilt. Die Wahrscheinlichkeit, als Angeklagter in einem Verfahren gegen die Polizei in einer fairen Verhandlung mit dem Versuch einer Wahrheitsfindung zu landen, ist also mehr als gering.

Schon das nicht prompte Befolgen einer Anweisung oder die Frage nach dem Grund der Maßnahme empfinden viele Polizist*innen offenbar als eine Art Majestätsbeleidigung.

Noch geringer ist allerdings die Wahrscheinlichkeit, dass gewalttätige Polizist*innen selber für ihre Straftaten wie Körperverletzung im Amt verurteilt werden. Das liegt natürlich bereits daran, dass die zuständigen Polizist*innen nicht allzu motiviert gegen ihre Kolleg*innen ermitteln. Daran ändert auch die Verschiebung der Zuständigkeit in die Nachbarstadt aus sogenannten „Neutralitätsgründen“ nichts.

Vor allem aber bringen eben die Staatsanwaltschaften in diesem Kontext fast nichts zur Anklage, auch wenn sich die Lügen und Widersprüchlichkeiten in den Aussagen der Beamt*innen nur so häufen.

Als ein offensichtliches Beispiel hierfür ist

der Fall von Adel B. zu nennen, der 2019 in Essen von einem Polizisten durch eine Haustür erschossen wurde. Geschlossen sagten die Beamt*innen aus, Adel sei auf sie zugerannt und habe sie angegriffen, weshalb ein Polizist in Notwehr habe schießen müssen. Wochen später tauchte ein Video auf, das zeigte, dass die Polizist*innen selbst auf die Haustür zugerannt waren, als Adel versuchte diese zu schließen. Sie hatten sich also gut abgesprochen und gemeinschaftlich gelogen. Die Polizist*innen änderten daraufhin geringfügig ihre Aussagen und wurden von der Staatsanwaltschaft weiterhin für glaubwürdig gehalten. Oberstaatsanwältin Annette Milk sah keine Anhaltspunkte mehr für ein Fehlverhalten und stellte die Ermittlungen ein, so dass es hier nicht mal zu einem Gerichtsverfahren zur Klärung der Todesumstände von Adel kommt.

Bei genauerer Betrachtung sind die wenigen Fälle, in denen gewalttätige Polizist*innen tatsächlich vor Gericht kommen und eventuell sogar verurteilt werden, darauf zurückzuführen, dass andere Polizist*innen gegen ihre Kolleg*innen aussagen. Da das aber unter dem Credo des Teamgeists auf der Polizeiwache ziemlich unpopulär ist, kommt es auch so gut wie nie vor. Diese Gemengelage zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz stärkt natürlich ein Gefühl der Unantastbarkeit unter Polizist*innen. Egal wie gewalttätig sie auftreten, sie kommen fast immer damit durch. Nicht einmal, wenn ihre Einsätze zu Todesfällen führen und die beteiligten Beamt*innen – wie im Fall von Adel B. – offensichtlich lügen, wird ernsthaft ermittelt. Auch die schnelle Einstellung der Ermittlungen wegen des Todes von Georgios Zantiotis in Polizeigewahrsam in Wuppertal lässt mehr Fragen offen, als sie Antworten gibt. Es wurde unmittelbar einzig von einer natürlichen Todesursache ausgegangen, die der zuständige Oberstaatsanwalt Baumert nicht einmal für berichtenswert hielt.

Diese Situation, gepaart mit dem weit verbreiteten rechten Gedankengut und den autoritären Charakterbildern in vielen Polizeipräsidien, trägt offenbar zu einer Zunahme von gewalttätigen Polizeieinsätzen bei.

Sie hatten sich also gut abgesprochen und gemeinschaftlich gelogen.

Im Zuge von Polizeigewalt, Rassismus und Nazi-Chats bei der Polizei wird viel über die Einrichtung von unabhängigen Kontroll- und Ermittlungsstellen diskutiert. Mit Sicherheit kann es nicht schaden, der Polizei wo es geht auf die Finger zu schauen.

Wir wollten mit unserem Artikel aber nochmal veranschaulichen, dass auch von den Stellen, von denen viele sich vielleicht eine gewisse rechtsstaatliche Neutralität erhoffen, bei diesem Thema nicht viel zu erwarten ist. Das kommt für viele von euch jetzt sicher auch nicht besonders überraschend, wirft aber die Frage auf, welche Unabhängigkeit und vor allem Befugnisse eine solche Kontroll- und Ermittlungsstelle besitzen müsste, damit sie tatsächlich gegen institutionellen Rassismus, Polizeigewalt und die daran geknüpfte Straffreiheit der Staatsgewalt vorgehen könnte. Denn es ist nur schwer vorstellbar, dass der Staat einer völlig externen Stelle die Begutachtung und Verurteilung seiner Institutionen überlässt – und was dabei rauskommt, wenn es staatliche Stellen tun sollen, sehen wir ja schon. In diesem Sinne: Bleiben wir solidarisch. Gegen Polizeigewalt und Repression!

Initiative gegen Polizeigewalt Mülheim



Übersetzung

Sind Knäste unnötig? Das intersektionale Werk von Angela Davis auf Deutsch

Weltweit werden Gefängnisssysteme regelmäßig reformiert. Kritik an katastrophalen Zuständen in vielen Knästen gibt es immer wieder. Angela Davis ist politische Aktivistin, Teil der kommunistischen Organisation in den USA und Professorin an der University of California. Für ihr politisches Engagement saß sie selbst im Knast und stellt in ihrem Buch die tabuisierte Frage: Sollte es überhaupt Gefängnisse geben?

Das Werk beginnt beim Vermächtnis der Sklaverei im US-amerikanischen Knastsystem.

es legt offen, wie das System Strafvollzug wirtschaftlich profitabel wird, welche brutalen Konsequenzen eine Law-and-Order Politik für von Rassismus betroffene Menschen hat. Es zeigt, wie Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten systematisch die Rechte von Gefangenen auf Bildung hintergehen und sich das Gefängnis von seinem nie erfüllten Ideal als „Besserungsanstalt“ noch weiter entfernt hat.

Nicht zuletzt zeigt Angela Davis, wie ein System das historisch vor allem Männer eingesperrt hat, Teil einer patriarchalen Gesellschaft ist und wie häusliche Gewalt und die Psychiatrie als informelle Formen der Bestrafung ihren Weg in moderne Gefängnisse gefunden haben.

Wir haben diesen Rundumschlag ins Deutsche übersetzt, gedruckt (3€ Kosten pro Exemplar), gebunden und in eurem liebsten Infoladen deponiert. Fragt uns gerne nach der PDF, druckt es ab und verteilt es an eure Freund*innen. Bis alle Knäste leer sind!

Bonny & Read

Wer den Rotstift in die Hand nehmen will: Anmerkungen und Korrekturen bitte an angrybooks@riseup.net

Buchrezension

Kritik der Polizei

In „Kritik der Polizei“ beleuchten insgesamt 17 Autor*innen und Kollektive sowohl aus wissenschaftlicher als auch aus aktivistischer Perspektive verschiedene Aspekte von Polizeikritik. Der Sammelband beginnt mit einigen Texten zu Ursprung und Entstehungsgeschichte der Polizei, beschäftigt sich dann mit dem Verhältnis von Polizei zu Staat, Demokratie, Rassismus und Neoliberalismus und schließt ab mit Perspektiven darauf, wie Polizei überwunden und überflüssig gemacht werden kann.

Das Buch bietet eine spannende und umfassende Auseinandersetzung mit der Polizei und Alternativen dazu. Insofern eine absolute Leseempfehlung!

AK Antifa Aachen



Daniel Loick (Hg.)

KRITIK DER POLIZEI



Daniel Loick (Hg.): Kritik der Polizei. Erschienen im campus Verlag, ISBN 978-3-593-50944-0, Preis: 24,95€

Noch mehr Einzelfälle und nur ein bisschen Rassismus

Neue „Details“ um den Skandal einer extrem rechten Chatgruppe bei der Aachener Polizei

Im Februar 2020 hielten zwei Polizeibeamt*innen ihren Wachdienst vor der Aachener Synagoge ab. Im Dienst schauten sie eine Fernsehserie. Dabei hatten sie angeblich aus Versehen ihre Funkanlage auf Dauerfunk eingestellt und sendeten „Heil Hitler“- und „Sieg Heil“-Rufe aus der Serie über Funk weiter. Bei der Auswertung ihrer Handys stießen die Ermittler*innen auf eine polizeiinterne Chatgruppe, in der Hakenkreuze und Hitler-Fotos gepostet und passend kommentiert wurden.

Am 10. Februar, also ganze zwei Jahre nach dem Bekanntwerden der Nazichats, trat Polizeipräsident Dirk Weinspach erstmals mit detaillierteren Informationen an die Öffentlichkeit. Zwei Jahre, in denen die einzige Information, die nach außen Drang war, dass acht strafrechtliche Verfahren in dem Komplex eingeleitet wurden, wovon fünf bereits wieder eingestellt wurden.

Außerdem wurden gegen zehn Beamt*innen Disziplinarverfahren eröffnet, zwei von ihnen vom Dienst suspendiert.

Bei der Pressekonferenz gab die Polizei Aachen nun zusätzlich bekannt, dass die Polizisten in den drei übrigen Strafverfahren zu Geldstrafen verurteilt wurden. Die Zahl der immer noch laufenden Disziplinarverfahren hat sich verdoppelt auf 20, hier wurden aber 12 auch schon wieder eingestellt. Erstmals gab es auch eine Angabe zur Größe des Komplexes. In der Chatgruppe sollen 22 Polizist*innen beteiligt gewesen sein. Bei der Pressekonferenz wurde außerdem bekannt gegeben, dass zwei weitere Beamte wegen rassistischem und frauenfeindlichem Verhalten vom Dienst suspendiert wurden.

In Anbetracht der Ausmaße beeindruckt das Abschlussstatement des Polizeipräsidenten: Der überwiegende Teil seiner Kollegen sei von

einem tiefen Wertempfinden geprägt und habe den Beruf aus einem tiefen Gerechtigkeitsempfinden ergriffen. Rassismus sei bei der Aachener Polizei kein grundsätzliches Problem, es handle sich um Einzelfälle.

22 Einzelfälle, von denen drei juristische Konsequenzen nach sich zogen. Bis auf zwei Beamte verbleibt der Rest im Polizeidienst. Welcher Art dieses tiefe Wertempfinden der Aachener Polizist*innen ist, bleibt bei 22 Kolleg*innen die sich an Hitlerbildchen und rassistischen Schmähungen ergötzen, ohne dass dies ein*e Kolleg*in für berichtenswert hält, fraglich. Ebenso fraglich bleibt, wie zwei neue behördeninterne Extremismusbeauftragte dieses Verhalten in Zukunft ändern wollen.

Dazu kommen noch weitere Einzelfälle aus den letzten Jahren. Wir berichteten.

AK Antifa Aachen

Keine Ruhe nach dem Schuss - Urteil gegen CDU-Bähler

In Köln wurde ein CDU-Lokalpolitiker nach einem Schuss auf einen jungen Mann verurteilt. Das Gericht erkennt ein „fremdenfeindliches“ Motiv für die Tat.

Am 10. Januar 2022 fiel im Kölner Landgericht das Urteil gegen Hans-Josef Bähler. Der CDU-Lokalpolitiker hatte am 29. Dezember 2019 in Köln-Porz vier junge Männer erst rassistisch beleidigt und dann auf einen von ihnen aus nächster Nähe geschossen. Krys, der Angechossene, überlebte den potentiell tödlichen Schuss: Er hatte sich in dem Moment als Bähler schoss zum Gehen gewandt, der Schuss durchdrang seine Schulter.

Das Gericht sprach Bähler der gefährlichen Körperverletzung, der Beleidigung und des Verstoßes gegen das Waffengesetz für schuldig und verurteilte ihn zu einer Haftstrafe von drei Jahren und sechs Monaten ohne Bewährung. Als strafverschärfend wurde dabei u.a. ein „fremdenfeindliches“ Motiv nach §46 Strafgesetzbuch herangezogen. Das Urteil – insbesondere die Anerkennung des rassistischen Tatmotivs – führte zu Erleichterung und Aufatmen bei den Betroffenen und allen Prozessbeobachter*innen. Die Entscheidung des Kölner Landgerichts ist bemerkenswert und nicht selbstverständlich. Erst seit 2015 heißt es in §46 Strafgesetzbuch „rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende“ Ziele seien bei der Strafe zu berücksichtigen. Rassismus als Motiv taucht in deutschen Gerichten allzu selten auf, nicht einmal in das Urteil gegen die Angeklagten des NSU in München hat er Eingang gefunden.

Erfolgreich gegen Täter-Opfer-Umkehr

Dass das rassistische Tatmotiv in diesem Prozess eine entscheidende Rolle spielte, ist vor allem ein Erfolg der Betroffenen. Denn in den Medien war zunächst ein völlig anderes Bild von der Situation gezeichnet worden: So verleumdete kurz nach der Tat der Kölner Stadtanzeiger Krys als „polizeibekannt“ und stellte ihn in den Kontext von Drogenmissbrauch und Kleinkriminalität, während Medienanwalt Höcker, Werteunion- und AfD-Freund, erfolgreich dafür sorgte, dass Bählers Name zunächst gar nicht kursierte, sondern in der Presse nur von einem unbenannten 72-jährigen Mann die Rede war. Gegen diese Diffamierung und Täter-Opfer-Umkehr setzten sich die Betroffenen öffentlich zur Wehr.

Bähler selbst hatte schon in der Tatnacht versucht, seinen Schuss den jungen Männern in die Schuhe zu schieben: Er habe die Waffe in seinem Garten gefunden. Tatsächlich erwies sich dies bereits in der Tatnacht als Lüge, denn die Originalverpackung der Waffe wurde bei der Durchsuchung in Bählers Keller aufgefunden. Nach dieser Anschuldigung wurden auch die



Graffiti, das in der Nacht vor der Urteilsverkündung an der AZ-Wand (gegenüber vom Landgericht) aufgetaucht ist. Es war vom Saal aus sichtbar. (Bild: Tatort Porz)

vier Betroffenen auf Schmauchspuren untersucht. Sie förderten laut Gutachter aber zutage, dass nur Bähler als Schütze infrage komme. Nur an seinen Händen wurden große Mengen Schmauchspuren gefunden. Und nicht nur das: Bähler muss laut Gutachter aus nächster Nähe, das heißt aus einer Distanz von maximal fünf Zentimetern, auf Krys geschossen haben.

In der Verhandlung zeigten dann Fotos aus dem Privathaus Bähners, was bislang lapidar als „Besitz von fünf Waffen und Munition“ bekannt war: An vielen Stellen im Haus wurden diverse Waffen - mehrere Revolver, Pistolen und zwei Langwaffen; zwei davon im Schlafzimmer - sowie 80 kg Munition und Schwarzpulver gefunden. Allein in der Nachttischschublade Bähners lagen mindestens 50 Patronen, die zu der mutmaßlichen Tatwaffe passen. Der Keller war ein regelrechtes Waffen- und Munitionslager, der Großteil davon frei zugänglich. Bähler war seit vielen Jahren Sportschütze und damit, wie so viele andere auch, ein Waffenfetischist, der diese Waffen eben nicht nur zu Sportzwecken, sondern auch gegen Menschen einsetzt.

Ermittlungslücke Rassismus

Die Aussagen von diversen im Prozess geladenen Polizeibeamt*innen machten zudem deutlich, dass ihr Ermittlungsinteresse nicht auf das rassistische Motiv des Täters gerichtet war. Obwohl Krys in seiner ersten Vernehmung in der Tatnacht im Krankenhaus rassistische Beleidigungen schon deutlich benannte, wurde dem keine größere Bedeutung beigemessen. Vordringlich galt es für die Polizei, die Schussabgabe und eine vom Angeklagten fälschlich behauptete körperliche Auseinandersetzung

im Vorfeld des Schusses zu klären.

Erst als in den Sozialen Medien auf Bähners Facebook-Account hingewiesen wurde, nahmen die Ermittlungen eine andere Wendung. Bähler postete und kommentierte dort seit Jahren rechte und rassistische Inhalte sowie Posts zu Selbstbewaffnung und -verteidigung. Doch auch diese Arbeit wurde vor allem von antifaschistischer Recherche geleistet und weniger von der Polizei, diese sicherte lediglich die übrig gebliebenen Kommentare Bähners, die im Anschluss an einen im TV ausgestrahlten Hinweis zu Bähners politischer Hetze auf Facebook nicht gelöscht worden waren – „gelöscht von einem Profi“, wie es im Prozess hieß.

Die Verteidigung Bähners folgte aus der Ermittlungslücke sogar, Rassismus sei als Tatmotiv zu streichen, denn Rassismus habe bei dieser Gewalttat keine Rolle gespielt. Dabei verdeutlicht diese Lücke im Gegenteil nur eines: Die Polizei ermittelt nur das, was sie als wichtig erachtet. Auf diese Weise schaffen Ermittlungsbehörden die Deutungshoheit über ein Tatgeschehen. Auch genoss Bähler als CDU-Lokalpolitiker bei seiner Festnahme einen Vertrauensvorschuss: Trotz des dringenden Tatverdachts der schweren Körperverletzung, des Waffenlagers und illegalen Waffenbesitzes, kam Bähler nach wenigen Stunden im Polizeigewahrsam wieder auf freien Fuß.

Bähler gilt für Polizei und Justiz als Einzeltäter. Doch der Kölner Politiklängel, mögliche Schützenvereinskameraden, Höcker, Werteunion, AfD und Lokalpresse: Sie alle haben mitgeschossen.

Tatort Porz

Erinnern heißt Verändern

Zwei Jahre nach dem rassistischen Anschlag in Hanau

Am 19. Februar 2020 wurden in Hanau Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz und Gökhan Gültekin von einem Rassisten umgebracht. Wir trauern und gedenken den Getöteten und werden sie nicht vergessen. Wir empören uns, genau wie die Initiative 19. Februar, über die bisher nicht erfüllten Forderungen: angemessene Erinnerung, soziale Gerechtigkeit, lückenlose Aufklärung und politische Konsequenzen.

Die Initiative schreibt in ihrem Gedenkaufruf: „Aktuell sprechen wir im Untersuchungsausschuss vor dem Hessischen Landtag über das Versagen der Behörden vor, während und nach der Tat, über die Schwerfälligkeit der Ämter bei der Unterstützung und Hilfe, über die Kälte der Bürokratie. Wir sprechen über das unverzeihliche Fehlverhalten der Sicherheitskräfte in der Tatnacht, über die Unwilligkeit und Schludrigkeit von Staatsanwaltschaft und Polizei bei den Ermittlungen, bei der Verfolgung von Spuren, bei dem Ernstnehmen neuer Bedrohungslagen, bei unserem Schutz. Wir sprechen über

die wiederkehrenden Respektlosigkeiten und herabwürdigenden Gesten von Beamten:innen, Vertreter:innen von Behörden und Polizei gegenüber Angehörigen und Überlebenden und selbst gegenüber den Toten. Wir sprechen über den Normalzustand von institutionellem Rassismus. Die Namen der Opfer unvergessen machen. Ihre Namen sollen erinnern und mahnen, den rassistischen Normalzustand im Alltag, in den Behörden, den Sicherheitsapparaten und überall zu beenden. Der rassistische Anschlag war auch ein Ergebnis der rechten Hetze von Politiker:innen, Parteien und Medien. Behörden und Sicherheitsapparate haben ihn durch ihre strukturelle Inkompetenz und Ignoranz weder verhindert noch aufgeklärt. Das ist das Zusammenspiel, das in den Handlungen Einzelner ihre mörderische Zuspitzung und Folge findet und damit sind rechte Terrorakte niemals Einzeltaten.

Schluss damit! Damit wir keine Angst mehr haben müssen, muss es politische Konsequenzen geben. Rassismus, egal in welcher Form, darf nicht mehr geduldet, verharmlost oder ignoriert werden. Wir geben keine Ruhe!

Nach Hanau hat sich in der Politik, der Polizei und Staatsanwaltschaft nicht viel geändert. Der Schmerz der Hinterbliebenen wurde wie so oft in Deutschland nach rechten, rassistisch motivierten Anschlägen und Gewalt mit Füßen getreten. Bei der offiziellen Gedenkveranstaltung dieses Jahr auf dem Hanauer Friedhof wurde durch die Auflagen des Landes Hessen die Teilnehmendenzahl so begrenzt, dass viele Angehörige und Freund*innen der Ermordeten nicht kommen durften. Stattdessen wurden die vorhandenen Plätze Politiker*innen zugesprochen, die scheinheilige Reden für die Fernsehübertragung schwingen – was für eine Farce. Die Aufklärung der Geschehnisse vor, während und nach der Tat läuft nur schleppend und ermittelt wird nur nach Klagen der Angehörigen und durch Druck der Öffentlichkeit. Spärlich gelangen Informationen nach draußen, doch diese sind brisant. 13 von 19 der am Einsatz beteiligten SEK-Beamten waren Teil rechter Chatgruppen. Ihre Einheit wurde inzwischen aufgelöst, was für uns die Frage aufwirft, ob noch mehr geschehen ist, wovon die Öffentlichkeit nicht erfahren hat – denn dass „nur“ wegen

rechter Chats tatsächlich irgendetwas passiert, geschweige denn eine ganze Einheit aufgelöst wird, ist doch mehr als unüblich.

Es bleiben viele weitere Fragen offen. Warum erhielt der Täter überhaupt eine Waffenerlaubnis trotz seiner bekannten rassistischen Ideologie und warum konnte er ungehindert in die Slowakei zu Schießtrainings reisen? Warum zur Hölle erhielten mehrere Angehörige der Opfer Gefährderansprachen vom Polizeipräsidenten Südosthessen, während der Vater des Mörders weiter seine rassistischen Ideologien verbreiten kann und eine Bedrohung für Hinterbliebene in der Nachbarschaft darstellt?

Wir stehen weiter zusammen, stehen mit den Angehörigen und Freund*innen. Stehen auf gegen rechte Hetze, gegen rechte Gewalt. Und wir trauern, denn die Ermordeten kommen nicht zurück. Aber sie werden auch nie ganz verschwinden.

red



Karlspreisverleihung 2022

Stoßrichtung gen Osten

Im Dezember verkündete das Karlspreisdirektorium die Vergabe des Karlspreises 2022 an die belorussischen politischen Aktivistinnen Maria Kalesnikava, Svetlana Tichanowskaja und Veronica Tsepkalo. In der Begründung zitiert das Direktorium Tichanowskaja:

„Ich zweifle nicht daran, dass ein friedlicher Übergang zur Demokratie auch in Belarus erreicht werden kann. Ich glaube nicht, dass Europa sich bloß auf den Lorbeeren ausruhen will. Aber es muss Mechanismen einrichten, die seine Werte fördern. Was in Belarus passiert, wird mit über Europas Erfolg in der Zukunft entscheiden.“¹

Der Drohung „Was in Belarus passiert, wird mit über Europas Erfolg in der Zukunft entscheiden“ hätte es nicht bedurft. Denn die EU war bereits intensiv dabei, den belorussischen Oppositionskräften massiv unter die Arme zu greifen. Die EU-Kommission hat einen Plan mit drei Milliarden Euro für einen „friedlichen demokratischen Übergang in Belarus“ ausstaffiert und mehrere Sanktionsrunden gegen Belarus verhängt.

Die Karlspreisverleihung an die drei genannten Damen ist ein Puzzlestein in dem vielfältigen Bemühen des Westens, namentlich Deutschlands, der EU und der NATO, Russland zu schwächen und einen Keil zu seinem Nachbarland und Partnerstaat Belarus zu treiben.

Die Zielstellung einer Schwächung Russlands ist nun unter neuen Vorzeichen zu betrachten. Russland ist am 24. Februar in die Ukraine eingefallen und hat das Land mit Krieg überzogen. Dieser Angriffskrieg und erst recht nicht die Scharfschaltung russischer Atomwaffen sind nicht zu rechtfertigen. Russland hat gegenüber der Ukraine das selbe Faustrecht beansprucht, mit dem die USA und die NATO eine Blutspur durch den mittleren Osten, Syrien, Irak, Libyen und Afghanistan gezogen haben. Die russische Aggression gegenüber der Ukraine ist der vorläufige blutige Höhepunkt einer Eskalationsspirale, die mit der NATO-Osterweiterung ihren Anfang genommen hat. Belarus, Weißrussland, und die Karlspreisverleihung 2022 sind Abschnitte dieser Eskalationsspirale.

Lukaschenko muss gestürzt werden

In der Begründung des Karlspreisdirektoriums wurden schwere Vorwürfe gegen Lukaschenko erhoben. Lukaschenko hatte am 9. August 2020 die Wahlen deutlich gegen Svetlana Tichanowskaja gewonnen. Das Wahlergebnis wurde von Tichanowskaja, dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell, dem deutschen Regierungssprecher Steffen Seibert u. a. sowie nun offensichtlich auch dem Karlspreisdirektorium nicht anerkannt wegen vorheriger Unterdrückung der Opposition und wegen angeblicher Wahlfälschung. Ein weiterer Vorwurf ist das von Lukaschenko veranlasste „terroristische Kidnapping eines Flugzeuges, um einen missliebigen Blogger rechtsgrundlos zu verhaften“. Und schließlich hält das Karlspreisdirektorium Lukaschenko vor, „Flüchtlinge und ihre menschliche Not aus egomanen politischen Motiven zu instrumentalisieren“. Schauen wir uns die Vorwürfe im Einzelnen an.

In Belarus gibt es durchaus eine breite demokratisch verfasste Opposition, die einen Kampf um soziale und demokratische Rechte der Bevölkerung führt. Aufschlussreich ist beispielsweise diese Stellungnahme von Boris Kagarlizki aus einer linken Oppositionsgruppierung, die die Angst der Regierung vor einer „Farbenrevolution“ thematisiert:

„Die Staatsmacht in Belarus hatte große Angst vor einem ›Maidan‹. Seit 2014 waren alle Anstrengungen der Geheimdienste und der Exekutivorgane darauf gerichtet, eine Wiederholung dieses Szenarios zu verhindern. Und man muss

sagen: Das haben diese Organisationen sehr professionell erreicht. Sie haben alle Erfahrungen der ukrainischen Krise studiert, die richtigen Schlussfolgerungen gezogen und hatten allen Grund zur Annahme, dass auch ernsthafte Proteste nach maximal zwei bis drei Tagen unter Kontrolle zu bringen wären. Aber sie haben eines nicht bedacht: dass in Belarus kein ›Maidan‹ herangereift ist, sondern eine Volksrevolution. (...)“²

Verteidigung der Demokratie durch den Westen fragwürdig

Es gab Unruhen in Belarus, zahlreiche Menschen wollten Veränderung. Sollen wir nun annehmen, die sozialen und demokratischen Forderungen in Belarus sind Anlass zum Engagement von EU und Deutschland? Das ist schwer zu glauben. Zum Stand der Menschenrechte in der Welt hat Brot für die Welt letztes Jahr erhoben:

„88 Prozent aller Menschen leben 2020 in beschränkten, unterdrückten oder geschlossenen Gesellschaften – fünf Prozent mehr als 2019. Damit leiden 6,8 Milliarden Menschen unter Regierungen, die ihre Grundrechte beschneiden oder Kritiker:innen drangsalieren, verfolgen, auch töten. Das geschieht in sechs von zehn Ländern“³

Der Anspruch des Westens, sich für annähernd 90 Prozent der Weltbevölkerung für Menschenrechte einzusetzen zu wollen, ist vermessen. Zumal sie sich selbst nicht an diese Kriterien halten. Allein seit 1990 wurde in den US- und NATO-geführten Kriegen und durch Wirtschaftsembargomaßnahmen hunderten Menschen das wichtigste aller Rechte – das Recht auf Leben – genommen.

Ganze Regionen im Irak, Libyen, Kosovo oder Syrien wurden zerstört und verwüstet, Millionen Menschen sind seit Jahren auf der Flucht. Hauptabnehmer deutscher Rüstungsexporte ist die Putschregierung Ägyptens, dort nehmen die Repressionen zu, Todesurteile werden vollstreckt, neue Gefängnisse gebaut.

Der 2015 verstorbene SPD-Politiker Egon Bahr sagte zur Verlogenheit westlicher Menschenrechtsrhetorik einmal auf einer Veranstaltung 2013 vor Schüler:innen in Heidelberg:

„In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.“⁴

Diese Verlogenheit zeigt sich ebenfalls beim Vorwurf des Flugzeug-Kidnappings. Weißrussland hatte eine Zwischenlandung eines Ryanair-Fluges in Minsk sowie die Festnahme eines belorussischen Exiloppositionellen erzwungen, die EU verhängte deswegen Sanktionen. Diese Sanktionen standen jedoch in krassem Gegensatz zu den Reaktionen auf einen Vorfall im Juli 2013. Damals hatten mehrere EU-Staaten das Flugzeug des bolivianischen Präsidenten Evo Morales mit der plötzlichen Sperrung ihres Luftraums zu einer Zwischenlandung in Wien gezwungen, wo die Maschine unter Bruch internationaler Normen kontrolliert wurde. Grund war, dass die Vereinigten Staaten den Whistleblower Edward Snowden an Bord vermuteten und ihn nach der erzwungenen Zwischenlandung festnehmen wollten. Das Ansinnen scheiterte nur, weil Snowden in Russland geblieben war. Proteste Berlins und der EU blieben aus. „Quod licet Iovi, non licet bovi (Was dem Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen nicht erlaubt)“⁵.

Migrant:innen als Waffe?

Der Vorwurf der Instrumentalisierung von Flüchtlingen schließlich wurde sprachlich zugespitzt, es war die Rede von einem hybriden Krieg, den Belarus mit Migrant:innen als Waffe gegen die EU führt.

„Migranten werden hier als Waffe eingesetzt“ schreibt Prof. Carlo Masalader von der Münchner Universität der Bundeswehr, die FAZ setzte ein Foto mit Migrant:innen vor der stacheldrahtbewehrten polnischen Grenze auf ihre Titelseite und schrieb „Lukaschenkos Truppen“ darunter. Bei den Flüchtlingen handelte es sich u. a. um Menschen aus Ländern, in denen die Staaten Europas Kriege geführt (Irak, Afghanistan) oder bewaffnete Aufstände (Syrien, Libyen) unterstützt hatten.

Lukaschenko hat sich wegen der Sanktionen geweigert, weiter den Türsteher für die EU zu machen. Es zeugt von grober Menschenverachtung, diese hilflosen Menschen in auswegloser Lage als Bedrohung und Kriegswaffen zu

behandeln. Es ist richtig und notwendig, heute ukrainischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren. Aber zur Flüchtlingsabwehr an der polnisch-belorussischen Grenze finanzierte die EU einen fünf Meter hohen Zaun. Das zeugt von Doppelmoral und Instrumentalisierung menschlichen Elends.

Wenn es überhaupt „europäische Werte“ gibt, die der Karlspreis auszeichnen will, so hat sich die EU nicht zuletzt mit der Behandlung dieser Flüchtlinge jedes Recht verwirkt, von Werten zu sprechen.

Im Grundsatz ist in Belarus nichts anderes geschehen als mit Erdoğan. Am 8. Januar 2020 hatte Lukaschenko mit der EU schon ein „Rückübernahmeabkommen“ unterzeichnet, es war am 1. Juli 2020 in Kraft getreten; schon 2017 hatte Lukaschenko von Brüssel sieben Millionen Euro für den Bau von Lagern erhalten. Doch dann änderte EU ihre Strategie und begann, auf seinen Sturz hinzuwirken. In einer Erklärung „EU verstärkt ihre Unterstützung für die Bevölkerung Belarus“ vom 12. Dezember 2021 führt sie nachträglich aus:

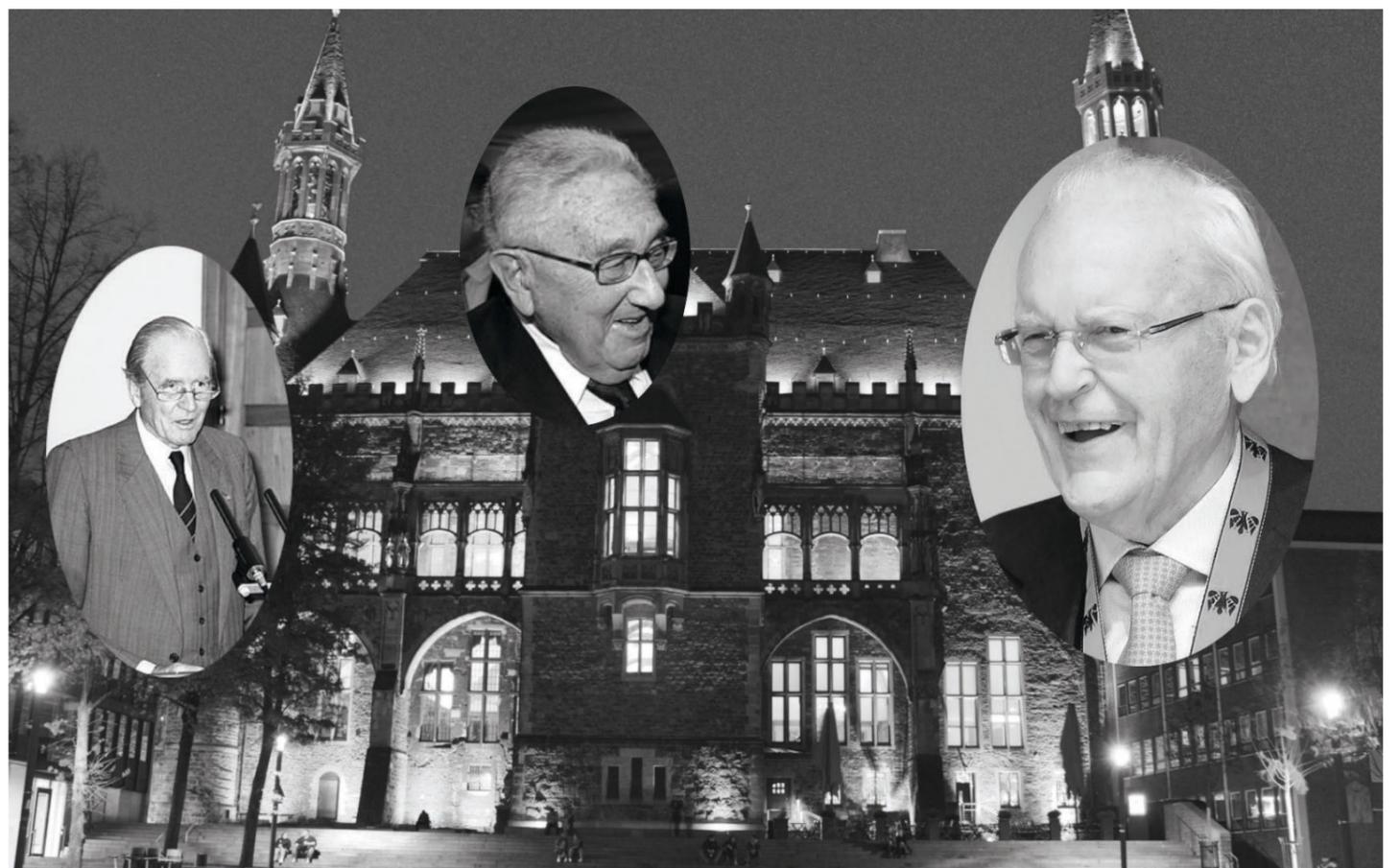
„Im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Rates vom Oktober 2020 hat die EU wiederholt eine demokratische Lösung der Krise durch einen inklusiven nationalen Dialog auf breiter gesellschaftlicher Basis gefordert. In diesem Zusammenhang hat die EU ihre Beziehungen zu Belarus überprüft. Mehr als die Hälfte der bilateralen EU-Hilfe wurde ausgesetzt oder zur Unterstützung der belorussischen Bevölkerung und der Zivilgesellschaft umgewidmet. Die EU hat außerdem fünf Sanktionsrunden verhängt.“⁶

Statt Hilfe für Flüchtlinge – Milliarden für neokoloniale Einnischung

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ergänzte: „Zudem haben wir ein mit 3 Mrd. EUR ausgestattetes Wirtschafts- und Investitionspaket für ein demokratisches Belarus geschnürt. Das Freiheitsstreben der belorussischen Bevölkerung ist eine Inspiration für uns alle.“

Drei Milliarden Euro alleine von der EU aus öffentlichen Mitteln erhält die sogenannte belorussische Zivilgesellschaft, um den „Übergang zur Demokratie“ (Tichanowskaja) zu erwirken.

→ Fortsetzung auf Seite 11



Auswahl Karlspreisträger v.l.n.r.: Carl Carstens (1984): Bundespräsident mit NSDAP-Parteibuch, Henry Kissinger (1987): Wollte Abrüstungsvereinbarung von Atomwaffen (INF-Vertrag) verhindern, Roman Herzog (1997): Rief mit „Ruck-Rede“ zu Kriegsbereitschaft auf. (Bild: VVN-BdA Aachen)

→ Fortsetzung von Seite 10: Karlspreisverleihung 2022

Die Karlspreisverleihung 2022 verstärkt das Bemühen des Westens, einen Regime-Change in Belarus herbeizuführen.

Das Völkerrecht ist eindeutig, es verbietet die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder (außer mit den Mitteln der Diplomatie). Diesen Schutz konnte Belarus beanspruchen – vergeblich. Deutsche Außenpolitik verlangt, der Welt das eigene Ordnungs- und Wirtschaftsmodell aufzutroyieren zu dürfen.

Insofern wird der Hinweis des Oppositionellen Boris Kagarlitzki (s. o.) auf die Angst Lukaschenkos vor einem Maidan nachvollziehbar. Was war geschehen? Seit 1996 versuchen die USA, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, Russland lehnt dies mehrfach deutlich ab, die NATO hält in dieser Frage den Druck aufrecht. Mit massiver westlicher Unterstützung (zur Erinnerung: der damalige deutsche Außenminister Westerwelle nahm an den Maidanprotesten teil) und zurückhaltend formuliert, unter Ignorierung der regen Beteiligung faschistischer Kräfte wurde der gewählte Präsident Janukowitsch weggeputscht und unter Gewaltandrohung zur Flucht getrieben. Kurze Zeit darauf reagierte Russland mit der Annexion der Krim in den russischen Staat (nach einer Volksabstimmung) und der Unterstützung separatistischer Kräfte in der Ostukraine. Die russische Aggression gegen die gesamte Ukraine ist der vorläufige Höhepunkt.

Lukaschenko wehrt sich gegen „Farbenrevolution“

Lukaschenko wird sich erinnern, die Forderung nach einem „Übergang zur Demokratie“ durch die EU endete in Jugoslawien, Libyen oder Syrien in Krieg und Bürgerkrieg. Die Vorwürfe gegen ihn sind hilfsweise vorgetragene Vorwände, um unter Bruch des Völkerrechts Regime-Change per „Farbenrevolution“ gegen Belarus betreiben zu können. Belarus hat sich den Zielvorgaben der westlichen Staaten nicht unterworfen und beansprucht, die Geschicke des Landes in die eigenen Hände zu nehmen und nicht nach EU-Vorgaben zu handeln.

Die Stoßrichtung des Westens bleibt klar: Russland soll von seinen Partnerländern getrennt und weiter isoliert werden.

Seit seinem Auftritt 2007 auf der „Sicherheits-

konferenz“ in München fordert Putin, die Einkreisung Russlands und die Ausdehnung der Nato zu beenden. Putin beruft sich auf die von US-Außenminister James Baker gemachte Versicherung, „die NATO werde sich nicht nach Osten erweitern.“ Er beruft sich auf die Aktennotiz vom damaligen deutschen Außenminister Hans-Dietrich Genscher nach seinem Gespräch mit dem sowjetischen Amtskollegen Eduard Schewardnadse. „Die Nato werde sich nicht nach Osten ausdehnen.“ Und da es in dem Gespräch vor allem um die DDR ging, fügte Genscher ausdrücklich hinzu: „Was im Übrigen die Nichtausdehnung der Nato anbetreffe, so gelte dieses ganz generell.“⁷

Die Einkreisung Russlands endet im Krieg

Die eigenen Versprechungen scheren heute im Westen keinen mehr. In fünf Erweiterungsrunden ist das Militärbündnis NATO Russland auf die Pelle gerückt. Nun meint die russische Regierung, die Probleme durch einen Angriffskrieg gegen die Ukraine in Verbindung mit der Drohung des Einsatzes von Atomwaffen lösen zu können. Ohne die Aggression gegen die Ukraine gutheißen zu wollen, muss daran erinnert werden, es war die NATO, die sich aggressiv und bedrohlich gegen Russland ausgedehnt hat. Das unterstreicht zudem ein Blick auf die Rüstungsausgaben. Russland hat 2020 62 Milliarden US-Dollar für Rüstung ausgegeben, die NATO-Staaten das 17-fache, 1.100 Milliarden US-Dollar.

Die NATO-Staaten setzen weiterhin auf die Karte des Krieges. In Deutschland wird ein 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr aufgelegt, in speziellen Kreisen wird schon von einer europäischen Atomwaffe gesprochen (FAZ 22.02.2022).

Der Krieg muss sofort beendet werden. Nötig ist der Aufbau eines europäischen Sicherheitssystems und Einschluss aller europäischen Staaten. Mit den Mitteln des Krieges, der Aufrüstung und gegenseitigen Bedrohung wird dieses Ziel nicht erreichbar sein. Nötig sind Dialog, Deeskalation, Truppenrückzug und Abrüstung auf allen Ebenen.

Es sind hingegen Vorfeldorganisationen deutscher Außenpolitik wie das Aachener Karlspreisdirektorium, die eine weitere Destabili-

sierung Europas mit der Preisvergabe 2022 befördern. Dr. Jürgen Linden, Vorsitzender des Karlspreisdirektoriums, fordert, über „die Verteidigungspolitik und die militärische Komponente“ intensiver zu sprechen. Damit ist der Karlspreis wieder angekommen bei seinen Wurzeln.

Die Geschichte des Karlspreises beginnt 1949 mit einem bemerkenswert großzügigen Umgang mit der deutschen Geschichte. Eine Leugnung der Schuld an den zwei infernalischen Weltkriegen, die Deutschland entfesselt hat, kann kaum krasser ausfallen als in der „Proklamation von 1949“, mit der der Karlspreis aus der Taufe gehoben wurde. „Nach zwei Weltkriegen, in denen die Grenzlage unserer Stadt sich besonders nachteilig auswirkte und in denen das redliche Bemühen mehrerer Generationen um Überwindung imaginärer nationaler Gegensätze sich als vergeblich erwies, müht sich unsere in Trümmer gesunkene Stadt um ihr Lebensrecht“, heißt es in dem Dokument. Es war noch keine fünf Jahre her, dass im Zweiten Weltkrieg 65 Millionen Menschen ums Leben gekommen waren; der deutsche Faschismus hatte den Tod von allein 27 Millionen Sowjetbürger:innen zu verantworten. In der Proklamation des Karlspreises aus dem Jahr 1949 verschwindet der Versuch, die Welt unter die Herrschaft deutscher Militärstiefel zu bringen, hinter dem „redliche[n] Bemühen mehrerer Generationen um Überwindung imaginärer nationaler Gegensätze“.⁸

Den Karlspreis auflösen

Der Karlspreis hat sich behauptet als eine Einrichtung, die deutsche Vormacht in Europa anstrebt und deutsches Weltmachtstreben unterstreicht. Die Orientierung des Karlspreises nach Osten ist historisch und sie ist aktuell. Die Preisvergabe 2022 kann nicht als friedensfördernde Maßnahme verstanden werden.

Mit den Preisvergaben an die Hauptverantwortlichen der Luftangriffe gegen Jugoslawien (Tony Blair 1999, Bill Clinton 2000 und Javier Solana 2007) hat der Karlspreis die Menschenrechte mit Füßen getreten. Der Karlspreis ist nicht reformierbar. Er muss aufgelöst werden.

VVN-BdA Aachen

Protestkultur in Aachen

Hier findet ihr einige Kurzmeldungen zu Protestaktionen in und um Aachen. Wenn ihr etwas verbrochen habt und es hier auftauchen soll, schreibt uns eine Mail! Uns geht leider immer etwas durch die Lappen, weil einfach zu viel passiert, deswegen erheben wir keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

24. Februar: Kundgebung mit ca. 250 Menschen am Elisenbrunnen gegen den Krieg in Solidarität mit den Menschen in der Ukraine.

19. Februar: Hinten am Elisenbrunnen wurde „Hanau ist überall“ an die Wand geschrieben.

19. Februar: An mehreren Stellen in Aachen tauchen Plakate zum rassistischen Anschlag von Hanau in Plakatwänden auf. (Diese lassen sich scheinbar einfach mit einem Vierkant öffnen.) Die Plakate fordern „Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung und Rassisten zu entwaffnen“.

19. Februar: Gedenkundgebung zum zweiten Jahrestag des rassistischen Anschlags in Hanau, bei dem 9 Menschen getötet wurden. Über 200 Menschen haben sich am Elisenbrunnen versammelt und den Opfern gedacht.

03. Februar: Kundgebung am Elisenbrunnen in Solidarität mit den Menschen in Rojava und Südkurdistan. Dort werden Menschen durch die Türkei bombardiert. Die Waffen dafür werden auch durch Deutschland hergestellt und finanziert.

02. Februar: „Von Lützi bis nach Rojava, Klimaschutz heißt Antifa! Solidarity with Rojava and the Kurdish communities!“ Ein Solibild mit ca. 40 Menschen kommt aus dem besetzten Lützerath an die Menschen in den Kriegsgebieten in Kurdistan.

30. Januar: Es hat sich eine „Omas gegen Rechts“ Gruppe gegründet.

30. Januar: An einigen Stellen in der Stadt, unter anderem am Neumarkt taucht die Tacheles als Wandzeitung auf. Danke dafür, super Idee!

29. Januar: Mahnwache gegen Querdenker*innen und Verschwörungsideologien findet am Theaterplatz statt. „Zusammen für eine wissenschaftsfundierte Krisenbekämpfung“.

29. Januar: Forum gegen Polizeigewalt und Repression NRW in Wuppertal mit gemeinsamer Anreise aus Aachen findet statt. Dort wurde mit ca. 300 Menschen solidarisch an der Seite der Familie von Georgios Zantiotis und Ahmed Ahmad für Gerechtigkeit und gegen tödliche Polizeigewalt und Repression demonstriert.

29. Januar: Plakate in der Stadt kritisieren alltäglichen Rassismus mit Sprüchen wie: „Ich bin doch nicht automatisch papierlos, nur weil ich schwarz bin.“, „Wo es immer schwierig für mich wird? Wohnungssuche, Arbeitsmarkt, Jobsuche, Arztbesuch, Gericht.“, „Ich nehme immer das Fahrrad. Dann sehen die Leute, dass ich hier wohne.“ und „Racial Profiling ist eine langsame, fragmentierte, schleichende Gewalt.“

26. Januar: In Aachen tauchen viele Plakate zum Forum gegen Polizeigewalt und Repression NRW in Wuppertal auf. Dort findet eine Demo mit dem Titel „Gerechtigkeit für Georgios und alle anderen Opfer staatlicher Gewalt!“ statt.

→ Fortsetzung auf Seite 14

¹ ZEIT ONLINE, 9.8.2021, zitiert nach <https://www.karlspreis.de/de/aktuelles/karlspreis-2022> • ² rabkor.ru/columns/editorial-columns/2020/08/16/belarusian_revolution_first_lessons/ Übersetzung: Reinhard Lauterbach; aus Junge Welt vom 20.8.2020 • ³ Atlas der Zivilgesellschaft, herausgegeben 22.4.2021 von „Brot für die Welt“ des Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V. • ⁴ Rhein-Neckar-Zeitung, 4. Dezember 2013 • ⁵ Ausführlicher in german-foreign-policy: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8606/> • ⁶ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6794 • ⁷ Spiegel Online 22.11.2009, <https://www.spiegel.de/politik/absurde-vorstellung-a-a18a7cab-0002-0001-0000-000067871653> • ⁸ Ausführlich zur Geschichte des Karlspreises siehe Detlef Peikert, „Ein europäisches Reich“, Junge Welt 7.5.2018



Auswahl Karlspreisträger v.l.n.r.: Javier Solana (2007): NATO-Generalsekretär, trieb Militarisierung der EU voran, Anthony (Tony) Charles Lynton Blair (1999) und William Jefferson (Bill) Clinton (2000): Sie waren die Verantwortlichen für den Jugoslawienkrieg 1999, Emanuel Macron (2018): Der „Aachener Vertrag“ öffnet die Option auf Teilhabe an französischen Atomwaffen. (Bild: VVN-BdA Aachen)

Climate Change is a feminist issue!

Warum das Geschlecht in der Klimamigration eine Rolle spielt

Der Klimawandel ist eine der größten Gefahren, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen, denn er stellt unsere Lebensweise und die Struktur der Gesellschaft infrage und er bedroht letztlich sogar unser Überleben als Menschheit.

Der menschengemachte Klimawandel erzeugt zusätzliche Belastungen für die Landsysteme, was bestehende Risiken für die Lebensgrundlagen, die biologische Vielfalt, Ökosysteme, Infrastrukturen und die Gesundheit von Menschen verschärft. Es kommt zu länger anhaltenden Dürreperioden, Flutwellen oder Überschwemmungen, die Böden werden zerstört und somit verlieren Menschen im Globalen Süden, die häufig auf ihre Landwirtschaft und Ernten angewiesen sind, ihre Lebensgrundlagen. Extremwetterereignisse treten durch den Klimawandel häufiger und intensiver auf.

Die Länder des Globalen Südens sind am stärksten betroffen. Obwohl diese nur für 4% der Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, ist die Existenz von zwei Milliarden Menschen im Globalen Süden bedroht. Das heißt, dass die fortschreitenden Klima- und Umweltveränderungen jene am stärksten treffen, deren Existenzen von fragilen Ökosystemen und der Landwirtschaft, Fischerei, Viehzucht oder der damit verbundenen Lohnarbeit abhängt. Die Menschen leben meist in besonders armen und verwundbaren Regionen, wo es an Möglichkeiten und Mitteln fehlt, sich vor den Gefahren des Klimawandels angemessen zu schützen oder

sich anzupassen.

Diese Entwicklungen führen zwangsläufig zu Umbrüchen in Öko-, Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen, verschärfen bereits bestehende Schwächen und bedrohen Existenzgrundlagen, Sicherheit und Menschenrechte der Betroffenen. Die zunehmende Verknappung von Arbeitsplätzen, Ressourcen, Nahrungsmitteln und Wasser, führen immer häufiger zu Abwanderung und Vertreibung oder aber auch zur erzwungenen Immobilität für jene, denen ausreichende Mittel zur Migration fehlen.

Im Schnitt verlieren 25 Millionen Menschen im Jahr aufgrund von Naturkatastrophen ihr Zuhause und werden vertrieben.

Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Existenz der Menschen sind so gravierend, dass sie keine andere Perspektive mehr sehen als ihre Heimat zu verlassen und in andere Regionen oder Länder zu flüchten. Im Schnitt verlieren 25 Millionen Menschen im Jahr aufgrund von Naturkatastrophen ihr Zuhause und werden vertrieben. Das ist ein Mensch pro Sekunde. Die Anzahl der Menschen, die aufgrund der Klimakrise fliehen müssen, wird in den kommenden Jahren weiterhin ansteigen, insbesondere dann, wenn wir es nicht schaffen die menschengemachte Erderwärmung unter 1,5°C



Klimagerechtigkeit und Feminismus - Demo veranstaltet von Fridays for Future am 21.02.2022. (Bild: Privat)

zu begrenzen.

Die Umweltmigration wird meistens als persönliche Anpassungsstrategie verstanden, die jedoch tatsächlich einen erzwungenen oder brutalen Schritt darstellt, etwa wenn eine Katastrophe keine Alternative lässt oder der Versuch der Anpassung nicht gelungen ist. Die Gründe setzen sich meist aus einem Komplex von politischen, sozialen oder ökologischen Faktoren zusammen.

Für Umweltmigrant*innen oder Klimaflüchtlinge gibt es keine juristische Definition, jedenfalls keine international anerkannte. Somit werden Menschen, die aufgrund von Klimawandelfolgen gezwungen sind wegzuziehen, nicht nach der Genfer Flüchtlingskonvention als Flüchtlinge anerkannt. Sie haben keinen internationalen Anspruch auf Flüchtlingsschutz oder Unterstützung, denn Naturkatastrophen, Umweltzerstörung und Klimawandel gelten völkerrechtlich nicht als Verfolgung und somit steht ihnen kein Flüchtlingsstatus zu. Weil es zwischen schleichender Umweltveränderung und Migration nur eine indirekte Verbindung gibt, werden diese Migrant*innen oft als „Wirtschaftsflüchtlinge“ verunglimpft und können trotz ihrer bedrängten Lage nur selten mit Unterstützung rechnen.

Weltweit sind derzeit rund 82,4 Millionen Menschen auf der Flucht. Die steigende Zahl der Klimaflüchtlinge und die Auswirkungen des Klimawandels führen zu neuen Konflikten oder verstärken Bestehende. Schätzungen zufolge werden bis 2050 200 Millionen Menschen durch Klimawandelauswirkungen migrieren.

Das soziale Geschlecht spielt eine große Rolle dabei, wie die Auswirkungen der Klimakrise erlebt werden.

Abhängig vom sozialen und kulturellen Kontext wirkt sich der Klimawandel oft unterschiedlich auf Männer und Frauen aus.

Mädchen und Frauen sind den Risiken der Klimakrise häufig wesentlich stärker ausgesetzt als ihre männlichen Altersgenossen. Das heißt, das soziale Geschlecht spielt eine große Rolle dabei, wie die Auswirkungen der Klimakrise erlebt werden: die Klimakrise vergrößert die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern.

Konkret benachteiligen die Klimawandelauswirkungen besonders Frauen im Globalen Süden. Sie haben einen geringeren sozialen Status sowie geringere politische und ökonomische Macht als Männer. Armut ist weiblich. 70% der 1,4 Milliarden in Armut lebenden Menschen weltweit sind Frauen. Im Globalen Süden müssen somit Frauen, die für die Versorgung der Familien zuständig sind, längere Wege für Wasser und Feuerholz auf sich nehmen und in überfüllten Hütten wohnen. Häufig brechen Mädchen

ihre Schule ab, um ihren Müttern bei der Versorgung zu helfen. So entsteht ein Teufelskreis. Die Klimafolgen verschärfen weiterhin Armut und behindern gleichzeitig die Entwicklung. Die Gewalt gegenüber Mädchen und Frauen wird durch die Klimakrise zunehmen. Mädchen und Frauen besitzen zum Beispiel durch diskriminierende Gesetze oftmals kein eigenes Land, durch das sie sich versorgen könnten. Wenn die Ressourcen knapper werden, sind Mädchen und Frauen Ausbeutung noch stärker ausgesetzt. Dazu kommen eine angespannte gesellschaftliche Lage und posttraumatische Belastungsstörungen nach Naturkatastrophen, die Gewalt an Mädchen und Frauen steigern. Nach dem Taifun „Haiyan“ in Thailand 2013 stieg der Menschenhandel dort um 30 Prozent an.

Migration ist eine Form der Anpassung an Folgen des Klimawandels. Diese Anpassungsform können jedoch nicht alle Menschen in gleicher Weise nutzen. Wenn Migration in Reaktion auf plötzlich eintretende klimawandelbedingte Extremereignisse stattfindet, spielt erstens der Zugang zu Verkehrsmitteln eine große Rolle, zweitens die Abwägung der Gefahren während der Flucht und drittens die Verantwortung für die Versorgung von Angehörigen. All diese Aspekte sind sehr stark geschlechtlich geprägt. So werden die immer wieder besonders hohen Todeszahlen von Frauen bei Flutkatastrophen in Pakistan, Indien und Bangladesch dadurch erklärt, dass Frauen in diesen stark hochwassergefährdeten Ländern weniger Mobilitätsmöglichkeiten haben: Sie haben weder gelernt zu schwimmen noch besitzen sie motorisierte Fahrzeuge. Sie haben weniger Zugang zu relevanten Risikoinformationen und sie tragen die Verantwortung für den Schutz ihrer Kinder.

Aufgrund patriarchaler Geschlechternormen bei der Familien- und Haushaltsversorgung erscheint eine individuelle Flucht vor Extremereignissen für Frauen weniger legitim. Aufgrund dessen ist die Zahl der Todesfälle von Frauen nach Naturkatastrophen deutlich höher in Ländern mit besonders hoher Ungleichheit der sozialen und ökonomischen Stellung von Frauen und Männern. Während des Tsunamis 2004 in Südostasien starben viermal so viele Frauen wie Männer.

Die Perspektiven für Frauen bei Umwelt- und Klimakrisen teilen sich also in „Bleiben“ oder „Migrieren“: Bleiben Frauen, wohlmöglich ohne ihren Partner, in ihrer zerstörten Heimat, droht ihnen neben dem Verlust der Existenzgrundlagen auch hoher emotionaler Druck, da sie häufig die Verantwortung für die Nahrungssicherung und das Wohlergehen ihrer (Rest-)Familie tragen. Sie werden mit einer erhöhten Arbeitsbelastung konfrontiert und sind körperlichem Missbrauch und Gewalt ausgesetzt. Durch ihre sozioökonomische Stellung haben Frauen häufig nur eingeschränkte Land- und Besitzrechte

→ Fortsetzung auf Seite 13



Leser*innenbrief

Kein Spiel mit dem Feuer

Lützerath ist nicht unräumbar und wir sollten auch nicht so tun

In der 6. Ausgabe der Tacheles erschien ein sehr informativer Artikel, der sich mit den Geschehnissen und Strukturen in und um Lützerath am Rande des Tagebau Garzweiler beschäftigt. Einzig fatal finde ich seine Überschrift „Lützerath unräumbar machen“, die sich in eine Historie der Selbstüberschätzung der Klimabewegung im Rheinland einreicht.

Dass der Hambacher Forst 2018 zumindest für kurze Zeit geräumt wurde, konnte trotz der in der Öffentlichkeit so oft beschworenen massenhaften Aktionen zivilen Ungehorsams nicht verhindert werden.

Stattdessen zeichnete sich diese Zeit durch ein Wechselspiel der Abgrenzung zum militanten Teil der Bewegung und des Beschwörens der Einigkeit mit genau diesem aus.

Wo „Ende Gelände“ 2015 zwar bei Weitem nicht revolutionär, aber immerhin innovativ war - viele Leute gehen in eine Kohlegrube - wird es seinem Anspruch, es mit den eigenen Aktionen in die Tagesschau zu schaffen und damit das Thema Klimawandel in die Öffentlichkeit zu bringen, heute lange nicht mehr gerecht. Davon, dass durch Ende Gelände aktiv genutzte Infrastruktur blockiert wurde und der Ausstoß von soundsoviel CO2 verhindert wurde, kann schon lange keine Rede mehr sein.

Trotzdem lassen sich jedes Jahr bei Ende Gelände tausende Menschen von der Polizei verprügeln, oder bereiten sich wie in Lützerath munter auf ihre unvermeidliche - aber friedliche! - Räumung vor. Und wehe jemand zündet nebenan eine Grundwasserpumpe von RWE an. So zu handeln kann nur mit gutem Willen noch defensiv genannt werden. Eigentlich sind große Teile der Klimabewegung in ihren Gewohnheiten erstarrt. Wir halten uns an die Regeln eines Systems, das wir bekämpfen, indem wir uns auf

zivilen Ungehorsam beschränken und die unmittelbar folgende Bestrafung oftmals schweigend hinnehmen. Das macht uns kaputt.

Diese Kritik hat auch eine Gruppe „frustrierter und wütender Anarchist*innen aus Lützerath“ in einem sehr lesenswerten Statement auf der autonomen Nachrichtenseite Indymedia formuliert.¹



Genau wie deren Text ist dies kein Aufruf, Eckardt in Lützerath im Kampf gegen RWE allein zu lassen. Oder darauf zu vertrauen, dass Umweltverbände vorm Oberlandesgericht wieder einmal einen Konzern oder die Landesregierung zurückschrecken lassen. Auch ist es keine Forderung, dass wir bei der nächsten Räumung mit Mollis schmeißen und damit uns und andere in Gefahr bringen. Auch das macht nichts unräumbar. Aber vielleicht sollten wir aufhören, mit gefährlichen Begriffen und unerfüllbaren Ansprüchen an unsere eigene Widerständigkeit zu hantieren. Stattdessen sollten wir lernen, uns nicht erwischen zu lassen und anfangen, wirklich mit dem Feuer zu spielen. Kohleinfrastruktur kann man kaputtmachen.

anonym

¹ <https://de.indymedia.org/node/171173>

→ Fortsetzung von Seite 12: Climate Change is a feminist issue sowie Ressourcen und kaum Zugang zu Informationen.

Migrieren sie, sind Frauen in Flüchtlingslagern ohne geschützten Wohnraum häufiger Opfer von sexuellen Übergriffen und körperlicher Gewalt. Das Risiko für Armut, Hunger, Marginalisierung, Zwangsehen, Prostitution und Menschenhandel steigt stark an.

Zusammenfassend heißt das also: Die Risiken des Klimawandels sind nicht geschlechtsneutral. Durch den Klimawandel und Umweltveränderungen und durch die daraus resultierende Migration werden Ungleichheiten und insbesondere die geschlechtsspezifischen Aspekte von Diskriminierung und Armut weiter verstärkt.

Wir brauchen eine radikale Wende in der Kli-

mapolitik. Verstärkte Maßnahmen gegen die drohenden Umweltkatastrophen sind der wichtigste Beitrag zur Beseitigung der umweltbedingten Fluchtursachen. Es gibt immer noch keine verbindliche Vereinbarung über Geschlechtergerechtigkeit und Klimaschutz oder geschlechterbezogene finanzielle Entschädigung. Die sozialen Komponenten und damit auch geschlechtsspezifische Auswirkungen werden in Diskussionen um den Klimawandel

komplett vernachlässigt.

Es gibt keine Klimagerechtigkeit ohne Geschlechtergerechtigkeit. Es gibt keinen Klimaschutz ohne Kapitalismuskritik. Lasst uns unsere Kämpfe gegen Patriarchat, Kapitalismus, Ungleichheit und Ausbeutung verbinden und sichtbar machen!

Aachener Bündnis für ein Ende der Gewalt

Raum für Kreatives

Ich werde siebzehn, meine Schlangenhaut fünf

Neun Stunden lang - Nur liegen gedrückt -
Eine zu viel -
Mitten drin auferstehen -
Nur atmen -
Eigentlich zwei zu viel -
Zähneknirschen so laut, meine Haut hört es -
Nur kratzen an den Armen -
An meinen ganzen dicken Beinen -
Nur wünschen gegen Träume -
Rot von meinen Ellenbogen bis zu meinen Augen -

Rot wie du wurdest.

Rot wie der vergiftete Apfel von Schneewittchen -
Wie ihr Cartoon Lippenstift -
Auf meinen Lippen -
An den Schultern auch -
Mein Rot ist feucht -
Nur Feuchte auf meinen Armen -
Deshalb klebe ich an meinem Betttuch -

Wut von dir klebt an meinem Betttuch.

Lange Nacht macht meine Haut Rosa -
Rosa wie Sekt -
Nur einmal schlafen können um fünf Uhr morgens -
Ein Film Flüssigkeit auf meinen Armen -
Ich kann sie nicht mehr bewegen -
Mein Gesicht liegt brach -
Ich habe die Haut davon weggekratzt -
Es riecht nach der Entzündung -

Nicht nach dir.



Illustration: LOGI (IG: @golnarzgm)

Für mehr Gedichte von NOUSH (Instagram: @__noush_)

Die Qual des Wal

Man hatte gelassen am Wortwal
kein einzig gutes H.
Erst nahm er's ganz gelassen,
dann konnte er's nicht fassen:
Jetzt war er völlig kahl.

Kaspar



Illustration: Hana Illustration (IG: @hillustrater)

Sechs Uhr wach - Was soll ich so früh -
Also schwimmen - Sich verschlucken, drei bis vier Mal -
Das Chlor ätzt tief in mein Fleisch -
Ich spüre wie es wegbrennt -
Jetzt bin ich wieder Rot -
Vorher war das Feuer meins -

Nur einfach Feuer, dass ich auf dich erbrechen wollte.

Jetzt war ich im Wasser -
Hier gibt es Kollektivfeuer -
Hier wird es zu Chlorfeuer -
Das verätzt die Atemwege, hat mein Chemielehrer gesagt -

Jetzt halt ich die Luft an und ätze sie aus in deinen Schwimmbadspind.

Unter meinen Fingernägeln voll mit Creme -
Dicke Paste, ein bisschen Blut -
Aber mehr Paste - Nur gefeilte Nägel -
Ist besser gegen die Creme -
Ist besser so fürs Outfit -
Entzündung riecht besser, wenn sie frisch ist -

Vielleicht schmiere ich es an deinen Pullover,
damit alle anderen denken du bist krank!

Jetzt nach Hause -
Die Stadt scheint -
Wie schön -
Sie scheint wie meine neue Haut -

Es winden sich Schlangen
essen den Schatten
werden zu Drachen
blenden den Schatten.

NOUSH



Ihr schreibt auch kreativ und würdet gerne was veröffentlichen?

Oder Ihr macht Kunst, die Ihr mal gedruckt sehen wollt?

Wir wollen Euch in der Tacheles Platz dafür bieten.

Schickt uns Eure Kunstwerke, wir freuen uns auf Eure Einsendungen!

tacheles-aachen@riseup.net

→ Fortsetzung von Seite 11: Protestkultur in Aachen

24. Januar: Montagsgrüße aus Aachen an die Waldbesetzung Osterholz in Wuppertal. Das Ingenieurbüro Stoll & Partner wurde mit Farbe markiert, da die Firma von einige Gutachten im Genehmigungsverfahren für die Erweiterung des Steinbruchs profitiert hat.

22. Januar: Gegenprotest zu Querdenker*innen steht am Theaterplatz, dort protestieren min. 200 Menschen lautstark gegen jeden Antisemitismus.

21. Januar: Feminismus Demo von FFF am Eisenbrunnen! Smash Patriarchy.

16. Januar: Am 16.1. in #Aachen auf die Straße für mehr Antifaschismus! Nazis von der Straße fegen! #ac161 #Antifa. Kundgebung mit anschließender Sponti.

08. Januar: Queerfeministisches Wochenende im besetzten Kloster.

04. Januar: Aktionsplenum in Lützerath um Lützi unräumbar zu machen! Wenn Tag X bekannt ist, müssen wir schnell handeln! Ob auf dem Baum, auf der Straße oder bei der Repro Arbeit. Überall wird Hilfe gebraucht!

04. Januar: Recht auf Stadt Aachen weißt darauf hin, dass Aachen auf Platz zwei der Städte ist in denen die meisten Menschen mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Miete ausgeben müssen. „Alle politischen Entscheidungen bezüglich des Wohnraums sollten daran gemessen werden, ob sie die Mietbelastung senken können!“ ist eine darauf folgende Forderung.

20. Dezember: Squatters unite! Das Kloster ist räumungsbedroht. Tag X ist uns aber noch nicht bekannt, aber könnte jeder Zeit eintreten. Kommt gerne vorbei und helft uns diesen Freiraum zu verteidigen. Wir haben viel Platz und viel Tofu. Räumen denen, die sie nutzen!

18. Dezember: Protest gegen rechte Hetze bei Querdenken Aufmärschen in Aachen. „Solidarisch gegen Corona“.

17. Dezember: Demo von Fridays for Future am Eisenbrunnen für die räumungsbedrohte ZAD Rheinland. „Lützi bleibt“ und „Klimagerechtigkeit wird es nur mit massenhaft zivilem Ungehorsam geben!“ steht auf Transparenten.

07. Dezember: In der Lochnerstr. taucht ein Transpi auf das darauf hinweist, dass das neue Versammlungsgesetz in NRW herbe reudig ist und auf Herbert Reuls Mist gewachsen ist.

28. November: In Aachen sind heute einige Menschen dem Aufruf vom No-Borders-Team mit einer Kundgebung gefolgt. In Solidarität mit allen Menschen auf der Flucht, die an den EU-Außengrenzen leiden müssen, gab es einige spannende Reden zu hören.

25. November: Mit über 100 Menschen zieht eine Sponti über den Weihnachtsmarkt in Aachen. „Macker gibt's in jeder Stadt, bildet Banden - macht sie platt!“ wird am Tag gegen Gewalt an Frauen gerufen.

25. November: Starke Kundgebung am Eisenbrunnen zum Tag gegen Gewalt an Frauen! Ca. 300 Menschen sind dem Aufruf des Bündnis für ein Ende der Gewalt gefolgt. Eine Stadt für alle ist eine feministische Stadt!

24. November: Das Zeitungskollektiv lädt zur Release Kneipe ein! 1 Jahr Tacheles wird gefeiert.

→ Fortsetzung auf Seite 15

Mit Blick nach Kurdistan

Eine Textreihe zur kurdischen Freiheitsbewegung

Wir sind eine Gruppe von Menschen mit verschiedenen politischen Hintergründen, die im Laufe des letzten Jahres begonnen haben, sich mit Blick auf die kurdische Freiheitsbewegung und im Speziellen auf die Revolution in Nord-Ost-Syrien (manchen vielleicht besser bekannt als Rojava), zu organisieren. Die letzten Monate haben wir genutzt, um uns mit den Grundpfeilern der Freiheitsbewegung auseinanderzusetzen. Um dieses Hintergrundwissen mit anderen zu teilen, starten wir nun in der Tacheles diese Textreihe.

Während unserer Arbeit zu dem Thema Kurdistan und Rojava ist uns selbst aufgefallen, wie wenig Wissen über dieses Thema verbreitet ist. Die meisten haben schon einmal von der Revolution in Kurdistan gehört, doch weiß kaum jemand mehr über die Bewegung, ihre Ideen und ihre Werte. Seit nunmehr acht Jahren gibt es die Autonome Föderation Nord-Ost-Syrien, besser bekannt als Rojava. Rojava bedeutet im Kurdischen „Westen“; die Region heißt so, weil Rojava der westliche Teil Kurdistans ist. Die Revolution in Kurdistan fußt auf drei Säulen. Diese sind die Frauenbefreiung, die Ökologie sowie basisdemokratische Organisation. Dabei ist besonders grundlegend die Befreiung der Frau von den patriarchalen Zwängen der Gesellschaft.

„Die Gesellschaft kann nur frei sein, wenn die Frau frei ist.“

- Abdullah Öcalan

In unserem ersten Teil der Textreihe wird es um die Entwicklung der Revolution in Rojava seit 2014 gehen: Wie hat sich die Gesellschaft seit der Revolution organisiert, welche Probleme sind dabei aufgetreten? Auch werden wir ver-

suchen, einen groben geopolitischen Kontext herzustellen. Hier spielen vor allem der Bürgerkrieg in Syrien, sowie der Krieg mit dem IS und der Türkei eine Rolle.

Doch die Geschichte dieser Revolution geht bis in die 70er Jahre zurück. Aus diesem Grund wird sich der zweite Teil unserer Textreihe um den Weg zur Revolution drehen. Er soll einen Einblick geben in die Wurzeln der Revolution, unter welchen Bedingungen die Kurd*innen in der Vergangenheit – vor allem in der Türkei – leben mussten und welche Unterdrückung sie erlebt haben. Außerdem soll es darum gehen, wie es dann ab den Siebzigern zu einer zunehmenden Organisation der Kurd*innen in der Türkei kam und wie daraus die kurdische Freiheitsbewegung entstand. Dabei werden wir versuchen, uns an den wichtigsten Eckpunkten der Bewegungsgeschichte zu orientieren.

Wenn wir dann mit den ersten beiden Texten eine grobe Grundlage geschaffen haben und ihr schon mal einen kleinen Einblick in den Kontext und die Geschichte Rojavas bekommen habt, werden wir uns die drei Grundpfeiler der Revolution näher anzuschauen.

Zuerst werden wir uns der Frauenbefreiung widmen, welche als Grundlage der gesamten Revolution dient und in sämtlichen Analysen und Ebenen der Bewegung widerspiegelt wird. Dabei ist zunächst die sogenannte „Jineoloji“ (Wissenschaft der Freien Frau) mit den aus ihr hervorgegangenen Werten und Grundsätzen zentral – aber auch, wie die Ideen und Ansätze in der Praxis umgesetzt werden, also wie Frauenbefreiung in Rojava in der Gesellschaft konkret gelebt wird.

Im darauffolgenden Text zur basisdemokratischen Organisation der Gesellschaft soll es um

das aus der Bewegung vorgeschlagene Konzept des Demokratischen Konföderalismus gehen, also darum, wie man eine Gesellschaft von unten organisieren kann.

Welche Strukturen und Aspekte sind wichtig, wenn man eine Gesellschaft mit all ihren Facetten organisieren möchte, sodass alle Menschen Teil dieser sein können und sie nach den Bedürfnissen der Menschen aufgebaut ist? Die kurdische Bewegung schlägt eine Art Rätssystem vor, welches wir anhand Rojavas skizzieren werden.

Zum Abschluss wird es um den dritten Pfeiler gehen, die Ökologie. Was muss sich im Bewusstsein des Menschen ändern, damit die Menschheit wieder in Einklang mit der Natur leben kann, ohne sie zu zerstören und sich selber die Lebensgrundlage zu entziehen?

In den Texten zu Rojava und den Grundpfeilern der Revolution werden wir versuchen, auch immer Bezug auf die gesellschaftliche Situation hier in Deutschland zu nehmen. Welche Probleme gesellschaftlicher Organisation sehen wir hier und wie können die Ideen und Konzepte der kurdischen Freiheitsbewegung ein Anstoß bzw. eine Inspiration für politische und gesellschaftliche Kämpfe in Deutschland sein?

Deswegen interessieren uns auch eure Gedanken, Anmerkungen und Fragen, die euch zu den Texten oder dem Thema generell im Kopf rum-schweben. Falls ihr im Vorhinein oder während des Lesens der Texte Fragen habt oder auch Interesse, euch an den Arbeiten zu beteiligen, meldet euch unter folgender Email:

initiative-kurdistan-ac@riseup.net

Initiative Kurdistan Aachen

Mehr zum Thema findet ihr hier: anfdeutsch.com · womendefendrojava.net/de · internationalistcommune.com/de · riseup4rojava.org/de/startseite · rojavainformationcenter.com · jineoloji.org/de · www.ocalanbooks.com/#/deutsch · makerojavagreenagain.org



Auf dem Foto sieht man eine durch das Projekt Make Rojava Green Again neu gebaute Landwirtschaftskooperation.

(Bild: „Make Rojava Green Again“)

Grüne Lichter der Solidarität!

Tausende Menschen an der polnisch-belarussischen Grenze in Lebensgefahr

Die Seebrücke Aachen und das Bürger*innenasyl führten am Sonntag, dem 12.12.2021 eine Solidaritätskundgebung für die geflüchteten Menschen an der polnisch-belarussischen Grenze durch und zündeten auf den Treppen zwischen den Säulen des Elisenbrunnens zahlreiche grüne Lichter als Zeichen ihrer Solidarität an. Seit Wochen harren mehrere tausend Schutz suchende Menschen unter freiem Himmel bei Minustemperaturen aus, eingesperrt in einer Todeszone im Niemandsland zwischen Polen und Belarus. Sie sind gefangen zwischen 30.000 bewaffneten polnischen Soldaten vor ihnen, die Tränengas einsetzen und sie mit Pushbacks von der Grenze zurückdrängen, und weißrussischen Beamten hinter ihnen, die sie in Richtung Polen drängen. Sie können weder zurück nach Belarus noch über die Grenze nach Polen. Niemand darf zu den notleidenden Menschen, weder Ärzt*innen noch Hilfsorganisationen, die ihnen Nahrung, Unterkunft und Schutz bieten könnten. Sie haben kein Dach über dem Kopf, keine Lebensmittel, kein frisches Wasser und keine medizinische Versorgung. Besonders die Kinder leiden unter der Kälte und dem Hunger. Einige von ihnen sind bereits gestorben. Diese humanitäre Katastrophe spitzt sich vor den Augen der Weltöffentlichkeit immer weiter zu. Aber die Regierungen der EU klagen lediglich den belarussischen Präsidenten Lukaschenko der Instrumentalisierung unschuldiger Menschen zum Zwecke der Erpressung der EU an, statt den hilflosen Opfern dieser politischen Auseinandersetzung zu helfen, indem sie in die EU aufgenommen werden. „Wir sind nicht erpressbar!“ lautet das einstimmige Credo der EU, und Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) erklärt unmissverständlich: „Wir brauchen Zäune und wir brauchen auch Mauern ... Niemand hat Interesse an Mauern, aber jetzt geht es darum, dass die Europäische

Union ihre Wehrhaftigkeit beweist.“ Kein Wort über die betroffenen Menschen, die in Not und Lebensgefahr allein gelassen werden, kein Wort über die Verletzung der Menschenrechte, für die die EU so gerne verbal eintritt. Es geht allein um Macht und Stärke – da werden Tote an der Außengrenze billigend in Kauf genommen. Und der Ministerpräsident Kretschmer geht in seinem Zynismus noch weiter: „Die Bilder notleidender Menschen an der Grenze muss die Gesellschaft aushalten. Warschau handelt richtig, daher dürfen wir Polen nicht in den Rücken fallen.“ Die politische Führung verlangt von allen eine treue Gefolgschaft und bloß kein Mitgefühl mit hilflosen Menschen, die unmittelbar Hilfe und Unterstützung brauchen.

Deshalb haben Bewohner*innen der polnischen Grenzgebiete mit grünen Lichtern in ihren Fenstern den geflüchteten Menschen signalisiert, dass sie bei ihnen anklopfen können und Hilfe erhalten. Diese grünen Lichter waren am 12.12.2021, am 3. Advent in ganz Deutschland ein deutliches Zeichen der Solidarität.

Dieselbe Offenheit und Willkommenshaltung erwarteten die Seebrücke Aachen und das Bürger*innenasyl auch von der Stadt Aachen, zumal sie sich zu dem Status eines „Sicheren Hafens“ bekannt hat. Deshalb forderten sie die Oberbürgermeisterin Sybille Keupen und die Ratsfraktionen mit einem Schreiben vom 3.12. dazu auf, aus Solidarität mit den Geflüchteten am 12.12. das Aachener Rathaus grün anzustrahlen, um die Bereitschaft der Stadt Aachen zu verdeutlichen, die hilf- und schutzlosen Menschen an der polnischen Grenze aufzunehmen.

Frau Keupen erklärte sich sofort bereit, die Aktion durch zahlreiche Social-Media-Beiträge und eine Video-Botschaft auf ihrem Instagram-Kanal nach Kräften zu unterstützen. Eine Beleuchtung der Vorderfront des Rathauses in Grün sei jedoch wegen der Helligkeit der Weih-

nachtsmarktbuden nicht wirkungsvoll, deshalb werde man die Fenster der Rückseite des Rathauses zum Katschhof hin grün erstrahlen lassen. Wie ernst ihr diese Botschaft gemeint war, zeigte sie ebenfalls durch ihre persönliche Anwesenheit auf der Solidaritätskundgebung am 12.12. am Elisenbrunnen. Auch die meisten Ratsfraktionen sagten ihre uneingeschränkte Unterstützung der Lichter-Aktion zu.

Auf der Kundgebung wurde mit Nachdruck die sofortige solidarische Aufnahme der an der polnischen Grenze um Schutz suchenden Menschen in die EU gefordert.

Die neue Bundesregierung müsse dafür sorgen, dass die betroffenen Menschen Zugang zu einem fairen Asylverfahren in der EU erhalten. Von der Stadt Aachen als Sicherer Hafen wurde noch einmal die Bekräftigung ihrer Bereitschaft zur zusätzlichen Aufnahme dieser Menschen gefordert.

Aktueller Nachtrag zu dem Bericht aus dem vergangenen Dezember:

Über drei Monate sind seit unserer Solidaritätskundgebung im vergangenen Dezember vergangen, aber wir erfahren kaum noch etwas über den Konflikt an der polnisch-belarussischen Grenze, obwohl sich die humanitäre Katastrophe für zahlreiche Geflüchtete nicht verändert hat. Noch immer riskieren Frauen, Männer und Kinder im Grenzgebiet zwischen Polen und Belarus bei Temperaturen unter dem Gefrierpunkt ihr Leben, um in die EU zu gelangen. Die polnische Regierung versucht dies mit allen Mitteln zu verhindern, indem sie auch weiterhin mit illegalen Pushbacks Menschen gewalttätig nach Belarus zurückdrängt und ihnen damit das Recht auf ein Asylverfahren verweigert. Außerdem baut sie seit Januar an ihrer Grenze einen 186 km langen monströsen Stahlzaun, um die EU-Außengrenze zu sichern – ein weiterer Schritt zur rigorosen Abschottung Europas.

Darüber hinaus hat die polnische Regierung das Grenzgebiet an der mehr als 400 km langen Grenze zu Belarus bis auf 3 km ins Land hinein zur absoluten Sperrzone erklärt, die hermetisch überwacht wird. Bei Eintritt in diese Zone drohen Journalist*innen und Aktivist*innen bis zu 30 Tage Haft. Deshalb kann oft weder über Pushbacks und Menschenrechtsverletzungen durch polnische Sicherheitsbehörden noch über die verzweifelte Lage der Flüchtlinge berichtet werden. Diese Blockadepolitik der polnischen Regierung ist sowohl eine staatliche Zensur gegenüber der Presse als auch eine Behinderung medizinischer Hilfsmaßnahmen internationaler Hilfsorganisationen. Wie dringend erforderlich die Notfallhilfe in diesem Gebiet ist, berichtete „Medycy na Granicy“, die mehr als 100 Notfalleinsätze innerhalb von nur sechs Wochen durchführten und dabei rund 300 Menschen halfen, die nach Tagen und Wochen in den frostkalten Wäldern unterkühlt, entkräftet und verletzt waren. Für 21 Menschen kam jedoch jede Hilfe zu spät.

Auch wenn in den Medien kaum noch darüber berichtet wird, weil andere Ereignisse in der Welt wichtiger sind als diese menschliche Tragödie, werden wir als Bürger*innenasyl Aachen und die Seebrücke Aachen weiterhin darauf aufmerksam machen und gegen diese Menschenrechtsverletzungen der EU öffentlich protestieren.

Übrigens wurde der Begriff „Pushback“ zum Unwort des Jahres 2021 gekürt, denn es verharmlost und verschleiert somit diese brutale Verletzung elementarer Menschenrechte.

→ Fortsetzung von Seite 14: Protestkultur in Aachen

23. November: Im Schaufenster der Meffi sind zahlreiche Plakate vom Bündnis für eine Ende der Gewalt und den internationalen Feministinnen aus Aachen zu betrachten. Weg mit §§218 und 219a!

18. November: Am Hansemannplatz tauchen Zettel auf, die auf mehrere Vorfälle von rassistischer Polizeigewalt in Aachen hinweisen. Gerechtigkeit für Nnabuife!

13. November: Gemeinsame Anreise aus Aachen nach Remagen, dort findet ein Naziaufmarsch statt. Dieser wird von über 600 Antifaschist*innen gestört.

11. November: Solidarität mit den Gefangenen von #BlockNeurath am Polizeipräsidium Aachen! Als Zeichen unserer Solidarität mit den Inhaftierten der #BlockNeurath Aktion vergangenen Freitag haben wir einen Banner Drop vom Dach des Polizeipräsidiums Aachen gemacht.

09. November: In der Nähe vom Lousberg hängt ein Banner an einem Balkon mit der Aufschrift: „Man lässt keine Menschen ertrinken!“

09. November: Pogromnachtsgedenken am Synagogenplatz in Aachen. „Aus der Geschichte lernen! Der Opfer gedenken! Die Zukunft gestalten frei von Antisemitismus, Rassismus, Faschismus und Krieg.“

08. November: Am Henger Herjotts Fott liegt ein Haufen E-Roller. Vermutlich aus Protest gegen den pseudo-klimafreundlichen Elektroschrott.

07. November: Rouvikonas, eine anarchistische Gruppe aus Athen, die versucht sich durch direkte Aktionen, mediale Aufmerksamkeit und solidarische Arbeit an sozialen Kämpfen zu beteiligen, besucht das besetzte Kloster in Aachen.

05. November: Aktivist*innen blockieren die Kohlezulieferung für das Kohlekraftwerk Neurath. Mithilfe von Anketvorrichtung und Rollis wird die Weiterfahrt der Kohlezüge verhindert.

01. November: Plakate von Fridays For Future tauchen in der Stadt auf. Sie tragen die Forderungen nach Klimaschutz, sozialer Gerechtigkeit, Feminismus, Antifaschismus, Antirassismus und Verkehrswende ins Stadtbild.

Flachwitze mit Torben

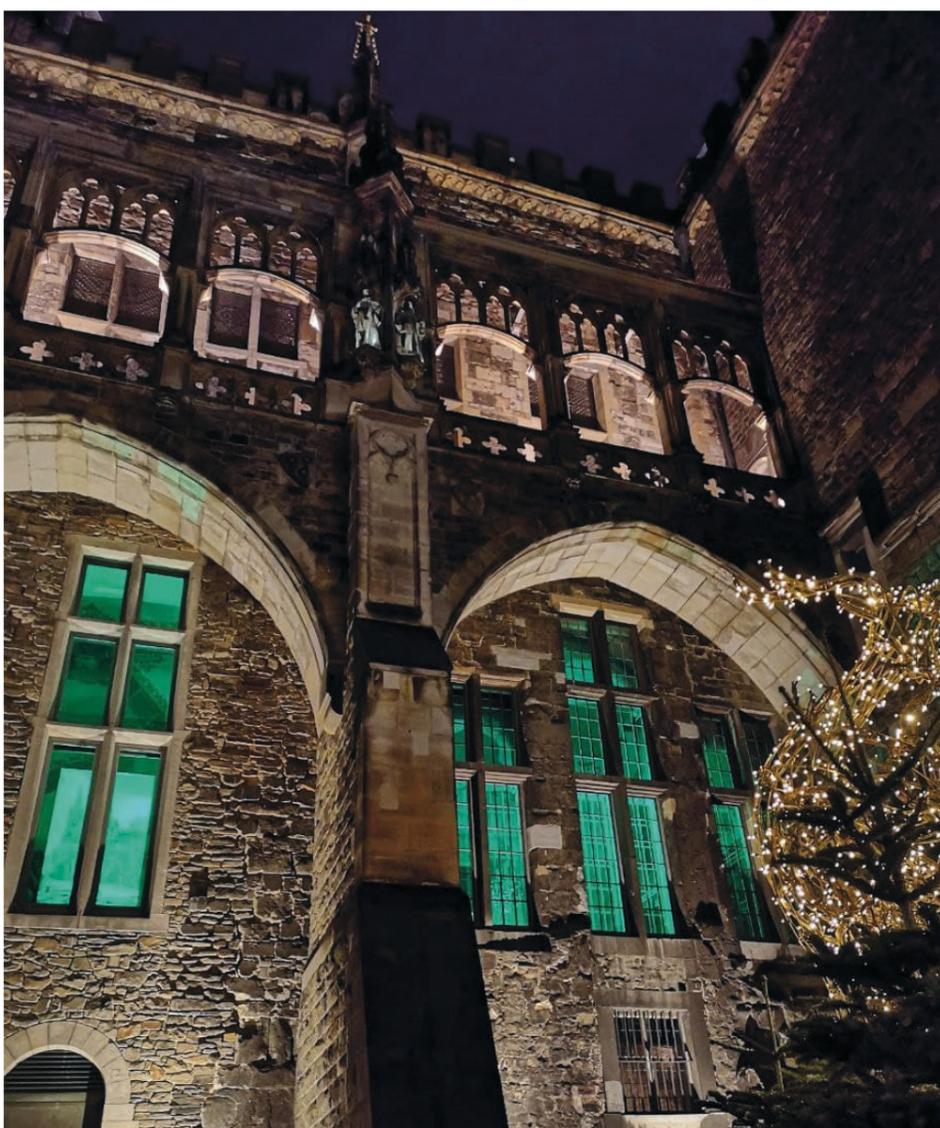
Worin werden große Meeressäuger beerdigt?

Lösung Sudoku Ausgabe Nr. 6

4	6	8	9	3	7	2	5	1
3	1	5	2	6	4	8	7	9
9	7	2	8	1	5	3	4	6
5	2	6	3	4	1	7	9	8
7	9	3	6	8	2	4	1	5
1	8	4	7	5	9	6	3	2
6	3	7	5	9	8	1	2	4
8	4	9	1	2	3	5	6	7
2	5	1	4	7	6	9	8	3

Flachwitze mit Torben

In einer Walurne.



Die grün beleuchtete Rückfront des Rathauses.

(Bild: Privat)

Bürger*innenasyl Aachen

Mikeschs Tipps und Tricks im Arbeitsalltag

Heutiges Thema: Lohnausgleich mit Materialien vom Arbeitsplatz

Wie auf Seite 5 (Gehaltssteigerung war gestern! Reallohnverlust für Alle!) bereits beschrieben, müssen sich viele Lohnabhängige auf einen Reallohnverlust einstellen. Die Löhne steigen also in geringerem Maß als die Preise für alltägliche Nutzgüter. So weit so schlecht.

Seit jeher ist es üblich, kleinere Gegenstände vom Arbeitsplatz mitgehen zu lassen. Dabei handelt es sich meist um obligatorischen Bürobedarf wie Locher und Druckerpapier.

Aber aufgepasst! Offiziell gilt es als Diebstahl, wenn man sich Arbeitsmaterialien heimlich für den Privatgebrauch einsteckt. Nicht selten hat es hierfür bereits Kündigungen gegeben, gegen die nur schwer vorzugehen ist.

Deshalb sollte man sich geschickt anstellen: Wenn man sich als erste oder letzte Person im Betrieb befindet oder gar eine Nachtschicht schiebt, ist man vor neugierigen Augen besser geschützt. Eine eigene Tasche sollte man auch dabei haben und es ohne diese auch gar nicht erst versuchen.

Bei der Auswahl der Lohn-Substitutionsgegenstände sollte man natürlich auch achtgeben. Ein Liter Milch schneidet im Risiko-Nutzen-Verhältnis deutlich schlechter ab als eine Druckerpatrone. Allerdings: Bei den derart steigenden Lebensmittelpreisen lohnt sich selbst die Milch bald.

Das ist alles natürlich rein hypothetisch und sollte unterlassen werden! ☺

Es gibt nämlich auch ganz legale Wege: In den meisten Betrieben gibt es Kaffee umsonst. Füllt kurz vor Arbeitsende eure Thermoskanne auf und gönnt euch einen leckeren Nachmittagskaffee mit der ganzen Familie.

Hat dein Betrieb eine Umkleidekabine mit Dusche? Die Heizkosten steigen aktuell derart, dass eine tägliche heiße Dusche auf Kosten des Chefs immer attraktiver wird.

Schaut euch die Begebenheiten an eurem Arbeitsplatz genau an und ihr werdet sicher auch Geld sparende Tricks finden.

Bleibt gesund und bis zum nächsten Mal!

Euer Mikesch

Impressum

Zeitungskollektiv Tacheles Aachen
tacheles-aachen@riseup.net

Tacheles Nr. 7, März 2022 - Auflage 1.000 Stück

V.i.S.d.P.: Miriam Schmidt
Ahornstr. 25, 52074 Aachen

Die Verteiler*innen der Zeitung sind nicht identisch mit den Herausgeber*innen. Eigentumsverhältnisse: Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den*die Adressat*in Eigentum des*der Absender*in. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe von Gründen an den*die Absender*in zurückzusenden.

Beteiligte Gruppen

AK Antifa Aachen

<<akantifaac.noblogs.org>>

Bürger*innenasyll Aachen

<<buergerinnenasyllaachen.noblogs.org>>

Diskursiv Aachen

<<diskursivaachen.noblogs.org>>

Knit & agitate

<<knitandagitate.noblogs.org>>

Recht auf Stadt Aachen

<<rechtaufstadt-aachen.de>>

Horoskop mit Hubert

Fische (20.02.- 20.03.): Wann hast du das letzte Mal etwas für dich getan? Also nur für DICH? Ohne den Hintergedanken an eine andere Person oder, dass das einer anderen Person auch noch helfen könnte. Es wird mal wieder Zeit findest du nicht auch?

Widder (21.03.- 20.04.): Rosen sind rot, Veilchen sind blau- die Bullen sind Schweine, das weißt du genau! Also: psst and never talk!

Stier (21.04.-20.05.): Du bist gut in dem was du tust, aber bitte fange damit an die Prioritäten, die du setzt, auch cool zu kommunizieren- mit dir selbst und auch mit anderen, die es betrifft.

Zwilling (21.05.-21.06.): Ohwei... du solltest dringend mal wieder ausmisten und aufräumen. Zu Hause wie auch in deinem Kopf! Welche Gedanken machen gerade eigentlich Sinn und welche nicht? Priorisiere, überlege und organisiere!

Krebs (22.06.-22.07.): Die nächste Zeit wird für dich sehr aufregend! Behalte einen kühlen Kopf und vertraue ein wenig auf deine Stärken. Das wird schon alles werden glaube mir!

Löwe (23.07.-23.08.): Der Menschliche Körper besteht zu 80% aus Wasser. Das heißt: du musst echt mehr Wasser trinken. Ist gut gegen Kopfschmerzen, und bringt mehr Energie. #stayhydrated

Jungfrau (24.08.-23.09.): Du hast viel Langeweile? Dann lade dir das Quizduell auf dein Handy, ich wette mit dir, dass viele deiner Freunde mit bzw. gegen dich spielen wollen!

Waage (24.09.-23.10.): Französischgrammatik: auf dem wo da sitzt der Flo. Also: „où est que le Vin?“ - Wo ist jetzt der Flo? Im Wein oder ist der Wein schon im Flo?

Skorpion (24.10.-22.11.): Wer Gruben gräbt, kann dabei selbst hineinfallen. Grabe doch lieber Beete dabei besteht weniger Verletzungsgefahr.

Schütze (23.11.- 21.12.): Liedempfehlung: bitte laut singen: „man müsste wieder gute Leute in nem Blackblock haben, und damit alle Nazischweine (optional auch Bullenschweine) aus dem Viertel jagen!“ - du willst wissen wie das ganze Lied geht? Schreibe der Redaktion!

Steinbock (22.12.- 20.01): Wem erzählst du von deinen Sorgen, Ängsten und Nöten? Eventuell hilft es sich Menschen zu suchen, die dir weiterhelfen können, nicht nur welche, die immer dasselbe sagen und dich in allem bestärken.

Wassermann (21.01.-19.02.): Nicht immer alles so verbissen sehen! Beschränkte Weltbilder bringen auch dich nicht weiter, kritisiere nicht immer alle anderen für ihre Intoleranz und sei dann selbst so! Doppelmoral und so?! Schwarz-weiß-Denken hat noch nie geholfen!

Hier findest du die neuste Ausgabe der Tacheles

- ➔ Infoladen Aachen, Bismarckstr. 37
- ➔ Pfannenzauber, Suermondplatz 12
- ➔ Das Kloster, Lousbergstr. 14
- ➔ Buchladen 39, Pontstr. 39
- ➔ Bar Cantona, Bismarckstr. 47 (keine Spendenmöglichkeit)



Über uns

Das Wort „Tacheles“ kommt aus dem Jiddischen und bedeutet so viel wie Klartext reden - genau das ist unser Anspruch als linkes Zeitungsprojekt in Aachen. Wir wollen eine kritische Perspektive auf das Geschehen in und um Aachen werfen und in unseren Beiträgen Menschen zu Wort kommen lassen, die sonst oft nicht gehört werden. Die Zeitung ist ein gemeinsames Projekt der Aachener Gruppen AK Antifa, Bürger*innenasyll, Diskursiv, Knit & Agitate und Recht auf Stadt und wird herausgegeben von einem Redaktionskollektiv. Sie erscheint aktuell alle drei Monate. Die geäußerten Meinungen entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion, für die Texte und Inhalte sind die jeweiligen Autor*innen bzw. interviewte Menschen verantwortlich. Wir freuen uns über Kritik, Fragen, Anregungen und Leser*innenbriefe! Die Zeitung ist bis auf weiteres kostenlos erhältlich, deswegen ist jede Spende gern gesehen, um unsere Kosten zu decken.

Zeitungskollektiv Tacheles Aachen

- ➔ tacheleszeitung.noblogs.org
- ➔ tacheles-aachen@riseup.net



PSST!
KOMM ZUR TACHELES
RELEASE KNEIPE AM
13. APRIL IM AZ!



Kreuzworträtsel mit Gewinnspiel

Lauter, scheibenförmiger Snack (Einzahl)	... Bubba	Zwischen Leber und Milz passt immer ein ...	So solltest du dir Tacheles gönnen!	Stadt in England	Diese zweit-rangige Aachener Zeitung	Kürzel: Technische Universität	International Workers of the World
Abfall	Alrodeutsche Poetin und Aktivistin (... Ayim)	Teilgebiet der Mathematik	Dagegen	Und weitere	Laut schimpfen	Behörde d. Gesundheitsministeriums (USA)	Chem. Kürzel für Xenon
Probiert's mal mit Gemütlichkeit!	Transportwagen	Eine Blume	Gefährin	Bauchig vorgewölbt	Verkümmernd	Chem. Kürzel für Xenon	Eine Musikrichtung
Brust	6	Plastik-Bauklötze	Vorsilbe: alt	Muss regelmäßig für Wohnraum bezahlen			
Fragewort	Niemand muss ... sein!	2	So wird Abdullah Ocalan auch genannt	Veraltetes Wertekonzept	Abk. e. linken Zeitung	Buchstabe, um den ein Kreis kommt	
Dann sollte man Cops vertrauen	Kürzel für Blutdruck	In dem	Gefängnis	Material für Kunstschritte	Gerolltes Brotzeugs	Ein Erdmarder	Initialen einer berühmten Anarchistin (1869-1940)
Sehr klein	Tiere mit fancy Muster	Holzverbindung	War die SPD eig. nie	inseleuropäerin	3	Teil eines Gens	Tier mit langem Hals
Hauptstadt eines Mittelmeerlandes	Nicht an		Lediglich	Tut weh, wenn man sich daran den Kopf stößt		Eisenbahn-Bundesamt	
Buchverfasserin			Chin. Staatspräsident (... Jinping)	Reiten auf Besen	8		
Vereinende Vorsilbe	Ein Betriebs-system	5		Reiche Schmösel	1		
Kürzel für besonders leichte Neugeborene			Rest in Peace		Wird nicht durch Impfungen verändert		

Gewinnspiel: Lösungswort bis zum 01. Juni 2022 an tacheles-aachen@riseup.net. Zu gewinnen gibt es ein Paket feinsten zapatistischen Kaffee oder Kakao aus dem Infoladen Aachen. Gesponsort durch das Zeitungskollektiv. Wir melden uns kurz vor der 8. Ausgabe bei allen Teilnehmer*innen. Viel Glück!